

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 Mk.  
(davon 95 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar.  
Postbezug 4,32 Mk. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsendungen 6,- Mk. pro Monat; für Käufer mit ermäßigtem Druckerpapier 5,- Mk.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Wolf und Feind“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einpaz. Kampfbroschüre 80 Pf. Postgebühren 3,- Mk. „Kleine Anzeigen“ das (jetzige) Wort 25 Pf. (zuletzt zwei (jetzige) Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Robert U. Lavi. Einzelexemplar das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Einzelmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Vergeltungsmaßnahmen im Hausrecht (Einkaufsliste) wöchentlich von 8 Pf. bis 17 Pf. Der Verlag behält sich das Recht der Abrechnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. D. S. u. Dbc.-Gef., Depofitenk., Jerusalemstr. 63-66.

## Lösung des Schuldennezes.

Der Wiederaufbau bleibt der Ausgangspunkt für Deutschland und Frankreich.

Von Wolfgang Schwarz.

In wenig mehr als einem halben Jahr läuft das Hoover-Moratorium ab, durch das die Regierungen die Kriegsschuldenzahlungen einstweilen außer Kraft setzten. In drei Monaten gehen die Stillhaltevereinbarungen zu Ende, die die deutsche Wirtschaft vorläufig vor weiterem Kreditentzug schützten. Seit vierzehn Tagen verhandeln die Reichsregierung und die französische Regierung darüber, in welcher Form beide Staaten zu einem Einvernehmen über Staats- und Privatschuldenzahlungen gelangen, das über die nächsten Monate hinweghelft und zugleich den Weg zur Endlösung freimacht.

Diese Endlösung ist um so schwerer, als ein ganzes Netz falscher Verträge die Regierungen daran hindern, eine auf den endgültigen Frieden gerichtete Initiative zu entfalten. Die Ursache, warum namentlich Deutschland und Frankreich unendlich langsam zur Entwirrung des Schuldennezes kommen, liegt mehr als ein Jahrzehnt zurück. Die Waffenstillstandsgrundlage von 1918 sah klar, einfach und ehrlich den Wiederaufbau der kriegszerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens vor. Rachebedürfnis und Siegeswahn machten daraus in Versailles 1919 und noch in London 1921 einen Straf- und Erdrosselungsfrieden. Seit der Ruhr- und Rheinräumung wurden zwar seine brutalsten politischen Folgen für Europa überwunden, wirtschaftlich wirkt das Londoner Ultimatum von 1921 immer noch fort. Durch Dawes-Plan und Young-Plan wurde es gegenüber Deutschland zwar formell außer Kraft gesetzt, tatsächlich aber wirkt es heute noch nach. Denn dadurch, daß die europäischen Alliierten Deutschland 1921 die gigantische Last von 132 Milliarden aufbürdeten, sah Amerika die europäischen Sieger durch Deutschland entschädigt. Die Folge davon war, daß Amerika seinerseits erst (1922) England, dann dieses seine europäischen Alliierten und schließlich Amerika (1925) die anderen europäischen Mächte zum Abschluß von Kriegsschuldenverträgen nötigte, die ungefähr die im Dawes-Plan überschätzte Leistungsfähigkeit Deutschlands zur Grundlage nahmen. Der Young-Plan war nur die Krönung eines Vertragssystems, das Deutschland nicht nur den am Kriegsende vereinbarten Wiederaufbau, sondern darüber hinaus für zwei Generationen die europäischen Kriegsschuldenlasten an Amerika aufbürdete. Dies moralisch unhaltbare und wirtschaftlich undurchführbare, schon 1922 von der englischen Regierung und der Sozialistischen Internationale als unökonomisch und ungerecht bezeichnete Vertragssystem ist ins Wanken geraten. Es hat in Deutschland die Propagandabasis für den Aufstieg des Nationalismus gebildet, es hat in der Welt die Strukturkrise des Kapitalismus ins Unerträgliche und Unlösbare gesteigert. Während vor zehn Jahren Frankreich und seine Verbündeten gegen Deutschland dies auf die Dauer unhaltbare Vertragssystem schufen, ist jetzt die Frage gestellt, ob Deutschland und Frankreich gemeinsam sich selbst und die Welt zur Genesung und Befriedung durch eine Politik führen werden, wie sie der Wiener Kongreß der Sozialistischen Internationale erneut gefordert hat: „Streichung aller Kriegsschulden und Beschränkung der Reparationen auf den Ersatz der in den Kriegsgebieten Zivilpersonen zugefügten materiellen Schäden.“

Es ist leicht zu begreifen, wenn Frankreich nicht leichthin auf seine Vertragsrechte aus dem Young-Plan verzichtet: steht doch hinter Frankreich Amerika, das teils indirekt über London, teils direkt von Paris aus den größten Teil der deutschen Regierungszahlungen erhält. Dieses Amerika hat noch keineswegs die Zusage gegeben, daß es zum Verzicht auf die Schuldzahlungen auf die Dauer bereit ist. Zwar verlangt die amerikanische Finanzwelt immer wieder diesen Verzicht, damit die deutsche Wirtschaft die kurzfristigen Kredite zurückzahlt, und breite Schichten amerikanischer Kapitalisten erhoffen von einer Streichung der Kriegsschulden eine Wertsteigerung ihrer deutschen Anteile. Aber ebenso erbittert weigert sich der amerikanische Steuerzahler als solcher, wegen der Kapitalflucht des vielfach verhassten Bankkapitalismus und wegen der fehlgeschlagenen Spekulationen in deutschen Anleihen über das vorhandene gewaltige Staatsdefizit hinaus nun auch noch für den Ausfall europäischer Kriegsschuldenzahlungen aufkommen zu sollen. Inwieweit ist Frankreichs Haltung von der Entwicklung in Amerika bestimmt und beeinflusst: das schließt freilich nicht aus, daß für eine Uebergangszeit Frankreich finanzielle Lasten in Kauf nimmt, die ihm in Europa den Frieden und die Zusammenarbeit mit Deutschland sichern.

# 4 622 000 Erwerbslose!

## Starker Zustrom aus den Saisonberufen.

Die Erwerbslosigkeit hat auch in der zweiten Hälfte des Oktober erheblich zugenommen. Im wesentlichen war der neue Zustrom von Arbeitslosen durch das Ende der Herbstsaison besonders bei den landwirtschaftlichen Arbeiten bedingt. In der Zeit vom 15. bis 31. Oktober sind insgesamt 138 000 Erwerbslose neu hinzugekommen, so daß sich die Gesamtzahl auf 4 622 000 Personen erhöht. Die Folgen der Kreditkrise im Juni haben es mit sich gebracht, daß seit dem tiefsten Stand der Erwerbslosigkeit im Sommer Ende Juni rund 668 000 neue Erwerbslose bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, während im vorhergehenden Jahr trotz des viel niedrigeren Ausgangspunktes der Zuwachs nur 617 000 Personen betrug.

In dem Bericht der Reichsanstalt heißt es, daß das vorübergehende Ausfallen von Frost die Außenarbeiten verschiedentlich beeinträchtigt. Die Kartoffelernte kam fast überall zum Abschluß, und nur zum Teil konnten die freigewordenen Arbeitskräfte durch die Rübenenernte weiter beschäftigt werden. Der Währungswirrwarr im Auslande hat sich ferner bei verschiedenen Industrien, und zwar bei ausgesprochenen Exportindustrien und beim Steinkohlenbergbau ungünstig bemerkbar gemacht. Die Einwirkungen von dieser Seite waren jedoch ungleich, denn auf der anderen Seite waren eine Anzahl Betriebe infolge größerer Deckungsaufträge englischer Besteller — wegen der bevorstehenden Zollmaßnahmen — gut beschäftigt.

Im Ruhrbergbau scheinen die Abbaumassnahmen im allgemeinen einen gewissen Stillstand erreicht zu haben, da nach den letzten größeren Entlassungen Ende September neue Kündigungen nur in geringer Zahl ausgesprochen wurden. Hier dürfte aber auch die übliche norübergehende Herbstbelegung mitsprechen. In der Eisenindustrie haben dagegen die Entlassungen wie auch die Einführung von verstärkter Kurzarbeit noch nicht nachgelassen. Trotz der seit anderthalb Jahren fast ununterbrochen anhaltenden Schrumpfung der Fabrikation in der metallverarbeitenden Industrie hat sich auch in der Berichtszeit der Beschäftigungsrückgang bei den Groß- und Kleinbetrieben fortgesetzt. — In den Konsumindustrien, dem Bekleidungs- und Schuh- und Möbelindustrie war die Gesamtlage etwas günstiger. Die Abwicklung der Weihnachtsaufträge ist hier in vollem Gange.

### Fast 510 000 Berliner erwerbslos.

Der zu gleicher Zeit veröffentlichte Bericht des Landesarbeitsamtes Brandenburg (Berlin-Brandenburg-Grenzmark) zeigt, daß nach wie vor die Reichshauptstadt einer der schwersten Krisenherde des Arbeitsmarktes ist. In der zweiten Oktoberhälfte stieg die Zahl der Arbeitslosen insgesamt um 23 302 auf 668 092 Personen. Als arbeitslos haben hier von 661 350

Personen zu gelten. Auf Berlin allein entfielen hier von fast 510 000 Arbeitslose. Von diesem Arbeitslosenheer wurden von der Versicherung und der Arbeitsfürsorge nur 245 450 unterstützt, so daß auf die städtische Wohlfahrt fast 265 000 ausgeheuerte Erwerbslose angewiesen sind.

## Programm der Erwerbslosensiedlung.

### Der Reichskommissar gegen übertriebenen Optimismus.

Zu den von der Regierung herausgegebenen Richtlinien zur vorstädtischen Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose haben wir bereits kritisch Stellung genommen. Der Reichskommissar Dr. Saaken gab am Dienstag in einer Pressekonferenz noch nähere Erklärungen über Einzelheiten dieses Siedlungsprojektes ab.

Gegenüber der öffentlichen Kritik, die sich überhaupt gegen die vorstädtische Kleinsiedlung wendet, betonte der Reichskommissar, daß man die großen landwirtschaftlichen Siedlungsaufgaben nicht lösen könne, wenn man dem Großstädter unvermittelt aufs Land zurücksiedle. Die Beispiele der Vergangenheit sollten hier als Warnung dienen. Die vorgesehene Kleinsiedlung biete aber die Möglichkeit, bewährte Siedler für künftige landwirtschaftliche Siedlung heranzuziehen. Mit den zur Zeit vorhandenen Mitteln von insgesamt 50 Millionen Mark hofft der Reichskommissar 20 000 Kleinsiedlungen und 80 000 Kleingärten zu schaffen. Obwohl Dr. Saaken in seinen Erklärungen nachdrücklich vor einem zu großen Optimismus warnte, glauben wir, daß auch diese Schätzung des Reichskommissars noch zu hoch gegriffen ist. Wäre die Regierung den sozialdemokratischen Vorschlägen gefolgt und hätte 30 Proz. der vorhandenen Mittel für die Kleingartensiedlung zur Verfügung gestellt, so wäre man unseres Erachtens dem wichtigsten Ziel dieses Siedlungsprojektes, eine Entlastung der großstädtischen Arbeitsmärkte herbeizuführen, entschieden näher gekommen.

In der Frage der Qualität der Siedlungsgebäude betonte der Kommissar, daß die Primitivität dieser Siedlungen auf keinen Fall zu weit getrieben werden dürfe. Die Gefahr läge nahe, daß sonst den Siedlern von vornherein die Freude an der Arbeit genommen und sich auch anderweitig schwere Unzulänglichkeiten daraus ergeben würden. Ein heißes Eisen bei der Durchführung des Projektes sei die Frage der kommunal- und Landesgrenzen. Man müßte aber erwarten, daß im Interesse einer reibungslosen Durchführung dieses Siedlungsprogrammes weder von den beteiligten Gemeinden, noch von den Ländern Schwierigkeiten gemacht würden.

So ist und bleibt freilich die Hauptsache zwischen Deutschland und Frankreich die „Reparation“, im engen, technischen Sinne des Wiederaufbaues. Auch für Frankreich bilden hier nicht die tragischen Irrtümer vergangener und vergehender Verträge, sondern der bei der Waffeniederlegung vereinbarte Grundsatz des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete die Brücke zu einem Einvernehmen. Bleibt Frankreichs Anspruch auf Wiederaufbau aufrechterhalten und anerkannt, dann führt jede über bloß fiskalische Argumente hinausgehende, die Gesamtkosten und -leistungen der beiden Völker und Volkswirtschaften erwägende Betrachtung zur Möglichkeit praktischer Vereinbarungen. Im Young-Plan wurden die ungeschützten, das heißt unbedingten Zahlungen an Frankreich für 37 Jahre auf 500 Millionen Mark jährlich festgesetzt. Im Hintergrunde dieser Festsetzung stand die Vorstellung einer französischen Wiederaufbauschuld von 100 Milliarden Franken. Aber diese innere französische Schuld, in fast vollwertigen Franken meist schon 1919 aufgenommen, hatte seit 1925 nur noch den Goldwert von 16,45 Milliarden Mark; dank einer Teilinsflation ist der französische Staat von dem weitaus größeren Teil der Wiederaufbauschuld befreit und der französische Steuerzahler entsprechend entlastet worden. So ist die französische Wiederaufbauschuld eine besonders gewaltige Last, solange man nur die fiktiven Ziffern der Papierfranken im Auge hat; ihr Goldwert dagegen stellt eine praktisch tragbare und bereits wohl abgetragene Last dar. In der Periode bis zum Ruhrkampf hat man namentlich in Frankreich die deutschen tatsächlichen Leistungen äußerst gering eingeschätzt. Legt man die wirklichen, nicht nur dem französischen Fiskus, sondern der französischen Volkswirtschaft zugeflossenen Werte zugrunde und fügt man die unbestrittenen Leistungen von 1924 bis zum Hoover-Moratorium hinzu, so läßt sich feststellen, daß die deutsche Wiederaufbauaufgabe von 1919, wenn

nicht bereits eingelöst, so doch nahe vor der Einlösung ist. Es sollte sich so gewiß ein Weg finden, daß durch Sachleistungen in gewisser Höhe die praktische Differenz gedeckt wird, auf die die Zwangslage der deutschen Wirtschaft sowieso hinführen würde.

Wie weit die Regierungen bald in der Lage sein werden, in gegenseitigem Einverständnis das Netz der Schuldenscheidungen aufzulösen, steht dahin. Ihre Aufgabe wird um so eher zu Ende geführt, je eher die beiden Völker, ausgehend von dem Grundsatz der Wiederaufbauaufgabe, die Aussprache darüber eröffnen, welche gemeinsamen Gesichtspunkte die Frage beantworten, wie weit sie praktisch bereits durchgeführt ist. Je stärker und ehrlicher das um des Zusammenlebens in der Zukunft willen geschieht, um so eher werden Deutschland und Frankreich sich selbst und die Wirtschaft der Welt aus den Verstrickungen der Schuld- und Schuldenfrage lösen.

## Nazis verraten Südtirol.

### Feststellung des Landeshauptmannes.

Innsbruck, 10. November.

Der Tiroler Landtag trat am Dienstag zu seiner Wintertagung zusammen. Landeshauptmann Dr. Stumpf (Christsoz.) erneuerte das Gebotnis der Treue zu den unterdrückten Südtirolern. Es sei traurig, feststellen zu müssen, so erklärt er weiter, daß gewisse Reichsdeutsche in letzter Zeit nicht nur jedes Interesse an dem Geschick der Deutschen Südtiroler verloren zu haben schienen, sondern daß sie sich auch in Verfolg unverständlicher Interessen dazu verhalten ließen, in Wort und Tat ihre Unbarmherzigkeit auf das Los Südtirols zum Ausdruck zu bringen. Er verweise auf die Haltung der Nationalsozialisten und auf die Einleitung, die das Deutsch-Italienische Institut in Wien an seinen italienischen Unterrichtsminister gerichtet hat, der die schmerzhaften Maßnahmen gegen den deutschen Unterricht erlassen hat.

# Anschauungsunterricht fürs Zentrum.

Schimpfblätter aus dem Hitler-Lager.

Die Beschimpfungen des Zentrums, die sich die Hakenkreuz-Presse anlässlich der letzten Rede Brüning's im Parteiausschuss des Zentrums geleistet hat, erreichen ihren Höhepunkt in einem Kommentar, der in dem Monatsblatt des nationalsozialistischen Parteiverlages in München erschienen ist. Dort heißt es wörtlich:

„Diese Heuchler der verlogenen Zentrumspartei, diese korrupten Gauner und Fälscher, diese notorischen Verbrecher und Betrüger ziehen bei Prozeduren mit gemeinten Kerzen in ihren schmierigen Pfoten einher, nehmen für sich das Christentum in Erbpacht und verleumden die Nationalsozialisten als Kirchenfeinde. Was dieses Gefindel treibt, hat mit Christentum nicht das geringste zu tun und wir verbitten uns ganz energisch, daß Zentrumsführer, in deren Reihen Betrüger und Wechselläufer vom Schlage eines Rientimp und Schröder sitzen, es überhaupt wagen, das Wort Jesus Christus in ihren entweihten Mund zu nehmen. Die Aufgabe der Nationalsozialisten wird es sein, diesen verlotterten und korrupten Bonzensumpf der Zentrumspartei auszumisten. Hinweg mit den scheinheiligen Heuchlern, Lügnern und Betrügern im Zentrumskrud.“

Das ist die „nichtamtliche“ Sprache der Nazis. In der „amtlichen“ buhlen die Herrschaften um das Zentrum, das sie „nichtamtlich“ in der gemeinsten Weise beschimpfen. Wir Sozialdemokraten sind die Art ja schon gewöhnt. Vielleicht ist es für das Zentrum aber noch nützlich, die Hakenkreuzler in ihrer wahren Gesinnung näher kennenzulernen.

## Die Bluthitze geht weiter.

Hitler-Besuch bei Hindenburg ändert nichts daran.

München, 10. November. (Eigenbericht.)

Die tägliche Wutheize in dem Münchener Hitler-Blatt nimmt jetzt geradezu ungeheuerliche Formen an, ohne daß sich ein Staatsanwalt findet, der gegen diese Verbrechen einschreitet.

Am Dienstag veröffentlicht der „Völkische Beobachter“ eine Rede des militärischen Leiters der Hitler-Armee, des böllischen Obersten Köhm, die er bei einer sogenannten Trauerfeier im Braunen Haus für die 1923 erschossenen Putschisten gehalten hat. Fett gedruckt wird folgende Stelle herausgehoben:

„Wir wollen hart sein in dem Kampf, den wir heute zu führen haben. Wir wollen hart sein am Tage des Sieges und wir wollen hart sein, wenn wir die Macht übernommen haben. Hart sein in dem Sinn, daß wir die Vergeltung in Anspruch nehmen gegen alle diejenigen, die uns diese Opfer zugemutet haben.“

Bei den öffentlichen Revolutionsversammlungen der Hakenkreuzler tat sich besonders der General Epp durch eine Heiße Rede gegen die Sozialdemokratie hervor. U. a. pufchte er die Versammlung mit folgender Behauptung auf:

„Beim Abschluß des Friedensvertrages wollte uns Frankreich 200 000 Mann Reichswehr zugestehen, aber ein prominenter Sozialdemokrat erklärte, die brauchen wir nicht, es genügen uns 100 000 Mann. Gebt uns dafür 100 000 Mann Polizei, die wir uns nach unserem Sinn ausgestalten. So kam es dann auch, und das sind die 100 000 Gummitruppel, die wir jetzt haben.“

In der gleichen Versammlung hegte der Abgeordnete Bürger mit folgenden Worten: „Die SPD ist die französische Fraktion im deutschen Reichstag, die KPD ist die russische Fraktion und das Zentrum: eine Hand wäscht die andere und sie sind beide bredig.“ Am Schluß nahm dann der Nazi-Gauleiter von Oberbayern der bis zum Stützpunkt verlegten Versammlung den Schwur ab: „Ihr (gemeint sind die Marxisten) löst in diesem 13. Jahr der Revolution sterben.“

Aus dem „Völkischen Beobachter“ ist im übrigen ersichtlich, daß der Kenog August Binnig endlich den offiziellen Anschluß an die Nazi-Partei gefunden hat. Er wirkte, von Hitler herufen, vom 2. bis 7. November als Lehrer der Gaubetriebszellenleiter an der sogenannten Reichsführerschule in München.

## Diskussion um die Zinsenkung.

Die Reichsregierung dementiert Gerüchte.

Schlecht wirtschaftende Großunternehmer und inflationstüchtige Großagrarier haben es fertig gebracht, die Öffentlichkeit mit Zinsenkungsgerüchten und durch die Furcht vor einer gescheiterten Herabsetzung der Obligationen- und Pfandbriefzinsen vollständig in Verwirrung zu bringen. Der „Vorwärts“ hat sich an der ganzen Diskussion bisher mit Absicht nicht beteiligt, da der handgreifliche Unfug künstlicher Zinsenkungen bei Krediten und bei Anleihen sich spätestens bei der Auseinandersetzung der kapitalistischen Interessenten von selbst herausstellen mußte. Die Situation wird aber in interessanter Weise beleuchtet durch eine offiziöse Erklärung der Reichsregierung, die folgenden Wortlaut hat:

„Zu den Gerüchten über angebliche Zwangskonvertierungspläne (Konvertierung in diesem Falle = Zinsenkung; D. Red.) für deutsche Werte wird mitgeteilt, daß niemals vor irgendwelcher Seite auch nur erwohnen worden ist, Auslandsanleihen zu konvertieren. Ueber die der Regierung von privater Seite nahegebrachten Gedanken, Inlandsanleihen zu konvertieren, haben in der Reichsregierung keinerlei Erörterungen stattgefunden.“

Es ist zu bedauern, daß gewisse Großunternehmer und Großagrarierkreise die Reichsregierung zu einer solchen Erklärung gezwungen haben. Immerhin schafft die Erklärung in einem Punkte sehr willkommenen Klarheit. Die Reichsregierung hat festgestellt, daß die Pläne zur Zinsenkung bei inländischen Anleihen nicht von ihr selber stammen, sondern „von privaten Kreisen an sie herangebracht“ worden sind. Es hätte nichts geschadet, wenn die Reichsregierung diese privaten Kreise genannt hätte, deren Initiative sich in der Öffentlichkeit und auf dem Kapitalmarkt so schädlich ausgewirkt hat.

Im übrigen häufen sich jetzt die Erklärungen gegen jede Form gesetzlicher Zinsenkung. Die Industrie- und Handelskammer in Berlin hat an den Reichslanzler eine entsprechende Denkschrift gerichtet. Auch der Sonderausschuß für Hypothekendarlehen bei der Bankenorganisation hat in einer öffentlichen Erklärung protestiert.

## „Deutsche Zeitung“ verboten.

Wegen Verherrlichung der Bombenanschläge.

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 23. März 1930 hat der Polizeipräsident am Dienstag das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ einschließlich ihrer Kopfbätter mit sofortiger Wirkung bis zum 17. November 1931 verboten. Das Verbot ist erfolgt wegen der Buchbesprechung „Rebellen um Ehre“. In dieser Besprechung wird eine Verherrlichung und Billigung der in den Jahren 1928/29 ausgeführten Bombenanschläge erblüht.

# Die Revolution im Rundfunk.

Groeners Vorstoß gegen die Berliner Ueberwachungsstelle.

Der Reichsminister des Innern hat die Innenminister der Länder zum 17. November zur Besprechung der politischen Lage nach Berlin eingeladen. Der Reichsinnenminister beabsichtigt bei dieser Gelegenheit sein innenpolitisches Programm zu entwickeln.

Die Rechtspresse benutzte diese Gelegenheit, um ganz offen das Verbot der kommunistischen Partei zu fordern. Die Veröffentlichung über die „Berfegungs“versuche der Kommunisten bei der Reichswehr geben ihr dazu den erwünschten Anlaß. Die systematischen Gewalttaten der Nationalsozialisten werden durch bewußtes Hervorheben kommunistischer Umtriebe zu vernebeln gesucht. Man kann, trotz allem, noch immer vermuten, daß der neue Reichsinnenminister sich durch diese Pressetreiberei noch lange nicht dazu verleiten läßt, ein einseitiges Verbot gegen die KPD. zu betreiben. Die Spuren des Sozialistengesetzes sollten schreiden. Es ist aber wohl anzunehmen, daß bei der Konferenz der neue Konflikt um den Rundfunk zur Sprache kommen wird, der durch das unverständliche Eingreifen Groeners gegen den Berliner Ueberwachungsanspruch entstanden ist. Es scheint uns, daß der Reichsinnenminister sich auf eine sehr gefährliche Bahn begibt, wenn er — der Minister der deutschen Republik — gerade den 9. November zu einem Vorstoß benutzte, der gewollt oder nicht als ein Vorstoß gegen die Gefühle aller Republikaner wirken muß. Man braucht nur die jubelnde Zustimmung der reaktionären Presse aller Schattierungen zu vernehmen, um sofort zu wissen, wessen Geschäfte die Ratgeber des Ministers besorgen, die ihn zu seinem Vorstoß veranlassen. Daß sein Angriff auf die Rechte der Länder nicht nur in Preußen Widerstand finden wird, ist selbstverständlich, wenn gleich man noch nicht vernommen hat, daß das Reichsinnenministerium je zum Beispiel Bayern oder Württemberg ergreift hätte, wo die Ueberwachungsanspruch des Rundfunks ganz einseitig aus rechts stehenden Personen zusammengeleitet sind.

Zu dem ungewöhnlichen Vorgehen Groeners gegen Preußen wird uns von informierter preußischer Seite noch geschrieben:

Der Vortrag des Genossen Höllermann zum 9. November im Berliner Rundfunk hat die Bürokratie im Reichsministerium des Innern auf den Plan gelockt und die Rechtspresse in auffälliger Einmütigkeit veranlaßt, gegen die bisherige Tätigkeit des Ueberwachungsanspruches, besonders der preußischen Mitglieder, Stellung zu nehmen.

Zur Sache selbst ist festzustellen, daß Höllermann als alter Frontsoldat seinen Vortrag über die Vorgänge am 9. November 1918 gehalten und er dabei selbstverständlich nicht verschwiegen hat, daß wir in Deutschland eine Revolution gehabt haben. Wie weit entfernt er davon gewesen ist, einen parteipolitischen Agitationsvortrag zu halten, wie die Rechtspresse ohne jeden Grund und ohne sachliche Angaben behauptet, zeigt die Tatsache, daß er u. a. gesagt hat:

„Über nicht wegen innerpolitischer Ziele, sondern für Deutschland schließlich ist die Arbeiter in den Krieg gezogen. Unsere besonderen innerpolitischen Zielsetzungen verschwinden angesichts der besonderen Gefahren, die Deutschland bedrohen.“

Wir glauben, daß diese Sätze klar für die Tendenz des Höllermannschen Vortrags sprechen und man es einfach nicht verstehen kann, wenn aus diesem Vortrag ein Bruch der parteipolitischen Neutralität des Rundfunks herausgelesen wird. Wir glauben weiter, daß die beiden preußischen Mitglieder des politischen Ueberwachungsanspruches, die Abg. Heilmann (Soz.) und Riedel (Staatspartei) genug politischen Instinkt und Tatkraft besitzen, um einen Vortrag nicht zuzulassen, der die Neutralität des Rundfunks durchbricht. Uebrig bleibt also nur ein höchst peinlich anmutender Versuch, einen Bruch der Neutralität des Rundfunks durch Preußen konstruieren zu wollen.

Die Organisation des Rundfunks ist die, daß der Reichsrat Richtlinien festgelegt hat, nach denen politische Ueberwachungsanspruches und kulturelle Beiträge über die Darbietungen des Rundfunks zu wachen haben. In diesen politischen Ueberwachungs-

schaffen, die je drei Mann stark sind, sitzen immer zwei Vertreter des Landes, in dem der zu besprechende Sender liegt, und ein Reichsvertreter. Dieses Zahlenverhältnis scheint dem Rundfunkreferat im Reichsinnenministerium, besonders seinem deutschnationalen Leiter, längst nicht mehr zu passen. Es möchte für das Reich eine Majorität erreichen und die Länder in den Hintergrund drängen. Demgegenüber ist festzustellen, daß nach der Verfassung die Kulturpolitik Sache der Länder ist und der Rundfunk im wesentlichen ein Instrument der Kulturpolitik ist. Die Länder werden sich also im Reichsrat auf das schärfste verbitten müssen, daß man ihre in den Richtlinien festgelegten Rechte verkürzen und die zahlenmäßigen Verhältnisse in den Ueberwachungsanspruches ändern will. Ziel und Zweck des Vorstoßes der Ministerialbürokratie im Reichsinnenministerium ist zweifellos, den Rundfunk, des bisher fast ausschließlich überparteilich war,

in das reaktionäre Jahrwasser herüberzuleiten.

Preußen muß und wird allen derartigen Bestrebungen selbstverständlich scharfen und, wie zu erwarten ist, erfolgreichen Widerstand entgegensetzen.

Im übrigen hätte das Rundfunkreferat im Reichsministerium des Innern allen Anlaß gehabt, peinlich zu schweigen. Als kürzlich bei einer Uebertragung anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten hohe Militärs, die im Rundfunk sprachen, sich nicht an ihr vorher zensuriertes Manuskript hielten, hat man von der „Ueberparteilichkeit“ und „Korrektheit“ der deutschnationalen Herren im Rundfunkreferat des Reichsinnenministeriums nichts gemerkt. Anwendungen dieser Art scheinen die Herren nur zu bekommen, wenn Republikaner reden. Man stelle sich vor, Höllermann wäre ebenfalls von seinem Manuskript abgewichen. Da hätten die Herren nicht geschwiegen...!

Die Art, wie der ganze Fall aufgebraucht worden ist, läßt übrigens seinen Sinn und Zweck eindeutig erkennen. Es war bisher üblich, daß Differenzen zwischen zwei Instanzen nicht vor der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Von dieser Gepflogenheit ist man diesmal im Reichsministerium des Innern bewußt abgegangen. Statt eine Klärung der Dinge in Verhandlungen mit der preußischen Regierung vorzunehmen, hat das Reichsinnenministerium am Dienstag ohne Wissen der preußischen Regierung vor Berliner Pressevertretern die Sache breitgetreten lassen und zwar ohne daß vorher von journalistischer Seite auch nur eine einzige entsprechende Anfrage gestellt worden wäre.

Der preußische Landtagsabgeordnete Riedel, gegenwärtig Vorsitzender des politischen Ueberwachungsanspruches bei der Berliner Funkstelle, teilt zu dem Rundfunkskandal mit:

„Bei dem beanstandeten Vortrag des Reichsbannerführers Höllermann, in welchem das Verhältnis der Arbeiterschaft zum gegenwärtigen Staat erörtert wurde, handelte es sich um die einzige Veranstaltung aus Anlaß des 9. November. Dieses Verhältnis wurde von dem Vortragenden aus den Kriegserfahrungen heraus entwickelt. Der Reichsvertreter im Ueberwachungsanspruch hatte den Vortrag offenbar völlig mißverstanden.“

Er beanstandete sogar ein Zitat, mit welchem der als Kriegsteilnehmer gefallene Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank durchaus waderndlich seine Kriegsteilnahme seinerzeit begründet hatte.

Trotzdem schlug der Ueberwachungsanspruch, unter Mitwirkung des Reichsvertreters, der Funkstunde erhebliche Änderungen an dem Vortrage vor, damit dieser vollkommen unmißverständlich und unparteilich sei. So ist in all den Jahren seither immer vorgefahren worden. Dieser Fall erscheint deshalb künstlich aufgebraucht, damit die von einer gewissen Bürokratie schon längst geplanten Änderungen durchgeführt werden sollen. Welche politischen Folgen es aber gehabt hätte, wenn gerade jetzt, am 9. November, ein Vortrag eines Reichsbannerführers in allerletzter Stunde abgelehnt worden wäre, darüber scheint man sich im Reichsministerium des Innern anscheinend den Kopf nicht zerbrochen zu haben.“

# Thronrede und Adressdebatte.

Inhaltlose Regierungserklärung. — Lansbury für Streichung der Reparationen.

London, 10. November. (Eigenbericht.)

Die zahlreichen Reden, die in den letzten 24 Stunden in London über die Politik Englands gehalten worden sind und die sämtlich nur zu dem Zweck gehalten zu werden pflegen, der Öffentlichkeit die unmittelbaren Ziele der Regierung bekanntzugeben, haben nicht ein Wort von dem Rebell zu zerstreuen vermocht, der diese Ziele verhält. Weder die Rede des Premierministers auf dem Bankett des neugewählten Londoner Bürgermeisters am Montagabend noch die Rede des Königs am Dienstagmittag vor der Eröffnung des neuen Parlaments noch die des Premierministers während der Parlamentsdebatte am Dienstagabend gaben den geringsten Anhaltspunkt über das, was die Regierung beabsichtigt.

Aus der Thronrede sei immerhin der Hinweis auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise der Welt und der Englands erwähnt. Doch bedeutet das erfahrungsgemäß nicht, daß die neue englische Regierung nun die Initiative auf diesem Gebiet ergreifen wird. Das gleiche gilt von der an sich begrüßenswerten Erklärung des Premierministers, mit der er auf einen

Appell des Oppositionsführers Lansbury an die Regierung, sich für die Streichung der deutschen Reparationen einzusetzen,

antwortete: „Solange menschlicher Wille der Welt eine un-natürliche wirtschaftliche Verfassung aufzwingt, wird die Welt niemals prosperieren.“ Im übrigen kam in der Rede des Premierministers sehr oft das Wort Zolltarif und Antidumpingmaßnahmen vor, jedoch ohne daß man daraus irgendeinen Schluß auf die Absicht der Regierung ziehen könnte. MacDonald sprach die Hoffnung aus, daß die gegenwärtige Sitzungsperiode kurz sein werde. Möglicherweise werde die Regierung vorher dem Parlament Bericht erstatten und es eventuell um Ermächtigungen bitten. Ueberhaupt kamen auch die Worte „nötigenfalls“ und „eventuell“ sehr häufig in der Rede vor.

Der Führer der Opposition, Lansbury, richtete an das Haus die Warnung, über dem nationalen Triumph den Kopf nicht zu verlieren. Es werde der Tag kommen, an dem England sich darüber Rechenschaft geben werde, daß 1931 ebensowenig Anlaß bestanden habe zu triumphieren wie 1918. Die Wahlen seien in einer Weise geführt worden, die nur Unheil mit sich bringen konnte. Die Rede des Königs, sonst ein Dokument, in dem die Regierung ihre gesetzgeberischen Pläne darlege, sei völlig inhaltslos gewesen. Das sei kein Wunder, da die Regierung sich in keinem Punkte habe einigen können. Sie sei das merk-würdigste Gemisch, das man je als Regierung gesehen habe und besonders uneinheitslich zusammengesetzt bezüglich der wichtigsten innenpolitischen Frage, nämlich der Frage der Tarife. Am Schluß forderte Lansbury die Regierung auf, sich für die Streichung der deutschen Reparationen einzusetzen.

## Aufführung im Schiller-Theater.

Fred Neumeier: „Die Herde sucht“.

Der Autor schildert, wie im Glendmillen eine religiöse Sekte entsteht und wie die Absichten des Straßenselbsts durch Geschäftsmethoden verfaßt werden. Die Schilderung bleibt im Skizzenhaften stehen, wirkt vielfach verlogen und abstoßend und ruft daher starken Widerspruch auf offener Szene hervor. Auch der Schlußbeifall wird durch Johlen und Pfeifen unterbrochen. Dgr.

# Wir klagen an!

## Fort mit einem System, das die Jugend zur Untätigkeit verdammt.

In der Kösliner Straße ist ein Mord geschehen. Die Einzelheiten der Tat sind aus den Tagesmeldungen bekannt. Mehrere junge Arbeiter hatten erfahren, daß eine Portierfrau in den ersten Tagen des Monats die eingelassenen Mieten in ihrer Wohnung aufbewahrt. In der Abwesenheit der Frau überfielen sie den 19jährigen Sohn und töteten ihn. Kaum einen Tag später waren die Täter bereits verhaftet.

Die Polizei hatte für schnelle Aufklärung des Verbrechens gesorgt. Einer von den Fällen also, wie sie in dieser Zeit alle Tage vorkommen, wenn auch nicht immer Menschenleben dabei vernichtet werden. Jetzt nimmt die Gerechtigkeit ihren Lauf. Der Staatsanwalt wird die Anklage vorbereiten, das Gericht das Urteil fällen. Die Paragraphen des Strafgesetzbuches liegen schon bereit, nach deren Buchstaben die Mordtat gesühnt werden soll.

Der Mord in der Kösliner Straße stellt keinen Einzelfall dar. Einen Tag lang hat er wie eine Sensation gewirkt, aber schon am nächsten Tage wurde er abgelöst durch andere Verstöße gegen das bürgerliche Recht, durch ähnliche Gewalttakte gegen das menschliche Leben. Und das ist gerade das Entsetzliche, daß eine dieser Straftaten der anderen folgt, daß immer häufiger Proletarier gegen Proletarier mit Raub und Vernichtung vorgehen. Können wir uns damit abfinden, daß die Verbrechen laut Strafgesetzbuch gesühnt werden? Sollten wir nicht noch ernster und eindringlicher als bisher die sozialen Verhältnisse untersuchen, aus denen die Täter kommen, aus denen die Taten entstehen?

### Die Straße der Gewalttaten.

Die Kösliner Straße im Norden Berlins ist längere Zeit in der kommunistischen Presse als das Herz der „proletarischen Revolution“ gefeiert worden. Hier wurden am 1. Mai 1929 jene blutigen Zusammenstöße mit der Polizei provoziert, die später einen kommunistischen Schriftsteller zu einem Hymnus auf die „Barrikaden am Wedding“ begeisterten hatten. Hier wurden bei der Reichstagswahl die höchsten Stimmenzahlen für die kommunistische Partei erzielt. Aus den Häusern der Kösliner Straße durften nur solche Fahnen und Transparente herabhängen, die sich zu Rastau bekamen. Wehe dem, der ein Abzeichen der Sozialdemokratischen Partei oder des Reichsbanners trug! Heute gibt es in der Kösliner Straße kaum noch vier oder fünf organisierte Kommunisten. Aber die Hakenkreuzer haben sich schon dicht an diesen Bezirk herangeschoben. Noch sieht man in den Arbeiterwohnungen die kommunistische Boulevardpresse; morgen schon vielleicht werden die nationalsozialistischen Standalzeitungen ihre Stellen eingenommen haben. In dieser Straße ist der Ungeist der Gewalt, des Terrors heimisch geworden. Dicht beieinander wohnen politische Unbuddhamkeit und kriminelle Hemmungslosigkeit. Dieses Milieu konnte sich aber erst entwickeln als Folge der entsetzlichen Seuche unserer Zeit, der Arbeitslosigkeit. Die Täter und ihre Helfer waren ebenso wie das Opfer seit längerer Zeit ohne Arbeit. Galt durch die Straßen am Wedding, am Gesundbrunnen, in Moabit, im Osten und im Süden Berlins, geht durch die großen und kleinen Industriestädte des Reichs: überall werdet ihr die unübersehbaren Massen der jungen Menschen treffen, die ohne Arbeit, ohne Beschäftigung sind. Da mühen die Anregungen und Veranstaltungen nicht viel, die von den Arbeitsämtern, von den Fürsorgestellen kommen. Sie können die geregelte Arbeit, den Beruf nicht ersetzen. Und wenn vor diesen jungen Menschen die graue Hoffnungslosigkeit der nächsten Jahre liegt, so müssen alle Triebe lebendig werden, die zur Anwendung von Gewalt drängen.

Und wie wurden diese Jungen erzogen? Die Täter vom Wedding sind etwa 20 Jahre alt. Ebenso alt ist ihr Opfer geworden. Das heißt also, daß sie mit 3 bis 8 Jahren den Krieg erlebt haben,

daß sie aus der Schule etwa zu der Zeit entlassen wurden, wo die Inflation zu Ende war. Die Zeit ihrer Kindheit war ausgefüllt erst mit organisiertem Mord, dann mit organisiertem Betrug. Vielleicht haben die Täter, als die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland sich wieder gebessert hatten, eine geregelte Lehrzeit durchgemacht. Wir wissen das nicht; aber das müssen wir, daß sie ungefähr seit der Zeit, wo sonst für die Kinder der Proletarier die Lehrjahre, für die Kinder der Besitzenden die Schuljahre enden, ohne Arbeit sind.

Da lesen und hören diese junge Menschen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft nur eine Lösung gilt, sich auf Kosten der anderen zu bereichern. Ein Standesfall reißt sich an den anderen. Nordmölle, Deva-Heim, Fanag, Schultheiß und so weiter. Aber den großen Räubern geschieht nicht viel. Sie dürfen unbesorgt ihr Zugulden weiterführen, sie bewohnen ihre Schlösser und Villen, als wenn nichts geschehen wäre, sie fahren an die Riviera oder erholen sich von den Anstrengungen in den teuersten Sanatorien, und bald werden sie wieder als die großen Kapitäne der Wirtschaft gerühmt werden. Zu der gleichen Zeit aber vegetieren die arbeitslosen Proletarier in ihren Wohnhöhlen und warten; warten auf Arbeit, auf nützliche Tätigkeit. Wo soll da die

## Faschismus droht!

### Wehre Dich gegen die politische, wirtschaftliche, soziale Knechtung

### Werde Sozialdemokrat Stärke das Reichsbanner Stütze die Gewerkschaften Wirb für den „Vorwärts“!

listischen Gesellschaft nur eine Lösung gilt, sich auf Kosten der anderen zu bereichern. Ein Standesfall reißt sich an den anderen. Nordmölle, Deva-Heim, Fanag, Schultheiß und so weiter. Aber den großen Räubern geschieht nicht viel. Sie dürfen unbesorgt ihr Zugulden weiterführen, sie bewohnen ihre Schlösser und Villen, als wenn nichts geschehen wäre, sie fahren an die Riviera oder erholen sich von den Anstrengungen in den teuersten Sanatorien, und bald werden sie wieder als die großen Kapitäne der Wirtschaft gerühmt werden. Zu der gleichen Zeit aber vegetieren die arbeitslosen Proletarier in ihren Wohnhöhlen und warten; warten auf Arbeit, auf nützliche Tätigkeit. Wo soll da die

# Drei gefährliche Brände.

## Mehrere Schulbaracken in Flammen. — Kurzschluß im Stadtbahnzug.

Die Feuerwehr war in den kritischen Nachmittags- und Abendstunden mit der Bekämpfung mehrerer gefährlicher Brände längere Zeit beschäftigt.

Besonders großen Umfang nahm ein Feuer an, das gegen 18 Uhr in den Baracken der 75. Gemeindeschule in der Olivaer Straße 11-16 ausgebrochen und vermutlich durch Herausfallen von Kohlen aus einem eisernen Ofen entstanden war. Beim Anrücken der Wehren stand eine Baracke bereits in Flammen. Unter Leitung des Baurates Kallas griffen drei Züge mit fünf Schlauchleitungen ein. Eine Unterbrechung des Schaltbetriebes findet nicht statt, da die Baracken am Donnerstag ohnehin geräumt werden.

Durch Kurzschluß geriet gestern um 16.20 Uhr auf Bahnhof Tiergarten ein Stadtbahnzug in Brand. Durch Stichflammen wurde das hölzerne Dach eines Dienstgebäudes in Brand gesetzt. Die alarmierte Wehr löschte das Feuer schnell. Durch den Brand war

gesammelte Stimmung herkommen, die man zum Lesen guter Bücher braucht? Wie soll da die Lust geweckt werden zum Besuch von Fortbildungskursen, von künstlerischen Darbietungen? Ach, für viele dieser jungen Leute ist der „Kummel“ die einzige Gelegenheit, die ihnen die Flucht aus diesem Dasein ermöglicht.

### Bei den Angehörigen.

Wir haben die Angehörigen der Täter aus der Kösliner Straße befragt. Wir waren in der Wohnung des einen, der von der Polizei als Mörder bezeichnet wird. Eine Straße im Berliner Norden, die nach Pantow führt. Mietstasferne reißt sich an Mietstasferne. Im zweiten Hof, Seitengebäude links, 2. Stock, finden wir das „Heim“. Eine Küche, etwa zwei Meter breit, vier Meter lang. Wahrscheinlich der einzige Raum, der aus dem geringen Kohlenvorrat geheizt werden kann. Daneben noch eine Stube, in der geschlafen wird. Der Vater, die Mutter, mehrere jüngere Leute, drei, vier Kinder alles drängt sich hier zusammen. Auf unsere Fragen erzählt der Vater stotternd, mühsam die Tränen und das Schluchzen unterdrückend: Alles in dieser Familie ist arbeitslos, keine Aussicht wieder in Beschäftigung zu kommen. Niemand hätte dem Jungen, der an dem Mord beteiligt sein soll, eine solche Tat zugezogen. Gewiß lebt die Familie nur von Unterstüßungen, und es herrscht ständig der bitterste Mangel. Aber der Junge hat sich noch niemals etwas zuschulden kommen lassen, und auch an dem verhängnisvollen Tag sei er von Hause fortgegangen, ohne daß er von Nordplänen gesprochen habe. Und dann bricht es aus dem Vater hervor: Das ist die verfluchte Arbeitslosigkeit, die eine seelische Not erzeugt, schlimmer als jede nur denkbare leibliche Not. Die Arbeitslosigkeit macht aus unseren Jungen Verbrecher, die Beschäftigungslosigkeit vernichtet ihr Leben und das Leben ihrer Familie!

Eine furchtbare Anklage! Auch die Täter aus der Kösliner Straße hatten ebenso wie ihr Opfer Mütter, die sie in Liebe empfangen und großgezogen haben. Was hat ihr Leben vermisst, was hat sie zu Schädlingen der Gesellschaft gemacht? Die kapitalistische Wirtschaft, die auf der einen Seite Ueberfluß an Gütern erzeugt und auf der anderen Seite Millionen von arbeitswilligen Menschen in Arbeitslosigkeit und seelischem Elend zurückdrängt. Der Kapitalismus, der nicht nach dem Bedarf der Menschheit fragt, sondern nur von der Bier nach persönlicher Bereicherung erfüllt ist. Die Anklage, von dem Vater des einen Täters stotternd formuliert, muß zum Bekenntnis der ganzen Arbeiterklasse werden.

Fort mit einem System, das diese verfluchte Arbeitslosigkeit geschaffen hat und jetzt keinen Ausweg aus dem von ihm verschuldeten Elend findet! Wir wollen den Wiederaufbau der Gesellschaft, wir verlangen die organisierte Wirtschaft, die Arbeit für alle Hände haben wird!

der Stadtbahnwehrt in Richtung Zoo nahezu eine halbe Stunde gestört.

Der dritte Alarm rief die Feuerwehr nach der Großen Frankfurter Straße 88, wo in der Fabrik der Firma Fischmann Feuer entstanden war. Im ersten Stockwerk kam das Feuer zum Ausbruch und griff durch einen Aufzugsstahl auf die zweite und dritte Etage über. Weßere Hut- und Filzparcette wurden ein Raub der Flammen. Die Entstehungsursache konnte in diesem Falle bisher nicht geklärt werden.

### Herzstammerwahl.

Heute ist der letzte Tag für die Einfindung des Stimmzettels. Die sozialdemokratische Liste Korah-Kollwitz-Laffe-Luffig führt die Nummer 2. Parteilose und sympathisierende Wähler, die ihr Wahlrecht bisher noch nicht ausgeübt haben, vergessen nicht, dies noch heute zu tun!



„Er will Sie wohl schon wieder zum Sozialismus belehren, dieser ewige Revolutionär. Lassen Sie sich nichts vorreden, Fräulein Loriot!“ Ein hochgewachsener junger Mensch mit sympathischen Gesichtszügen unterbrach das Gespräch lebhaft und drohte dem Kommilitonen scherzhaft mit der geballten Faust. Er trat an Germaines Seite.

„Wir können hineingehen, die Führung ist beendet. Ich werde mich etwas an Ihre Seite halten, wenn es Ihnen recht ist, denn mein Französisch und meine Literaturkenntnisse sind höchst mangelhaft. Germaine der Stael ist für Sie doch wohl so eine Art Schutzpatronin!“

Aber vor dem Eingang blieb Germaine plötzlich wie angewurzelt stehen. Ein Herr, dem man unschwer den Künstler ansah, stand wenige Schritte entfernt und schwenkte fröhlich lachend seinen Hut.

Immer noch stand Germaine wie erstarrt. Aber dann lachte auch sie jauchzend auf. Stürmisch fiel sie dem Vater um den Hals: „Gott sei Dank, daß du hier bist! Nun ist alles gut! ... Nun lasse ich dich aber nicht mehr weg!“

15.

„Woher ich wußte, daß du in Coppet zu finden seiest? Na, das ist sehr einfach. Deine Pensionsmutter — übrigens eine ganz passable Dame — hat es mir erzählt, und da habe ich mir denn schleunigst ein Auto genommen, und der Chauffeur fuhr wie der Teufel, als ich ihm ein gutes Trinkgeld versprach. Und als ich ausstieg, da fiel mein erster Blick auf mein Fräulein Tochter, wie sie Hand in Hand mit einem jungen Mann stand und scheinbar gar nicht ungern eine glühende Liebeserklärung entgegennahm.“

Germaine lachte und schüttelte den Kopf. „Es ging nicht um die Liebe, sondern um die Politik. Weißt du, Vater, das ist ja das Herrliche hier, daß man Menschen aus allen mög-

lichen Lebenskreisen, aus allen Nationen begegnet, daß man die verschiedenartigsten Weltanschauungen und Lebensformen kennen lernt. Davon wissen wir ja nichts in unserer kleinen Stadt! Dort verläuft ein Tag wie der andere, und die Menschen, mit denen man zu tun hat, sind auch immer die gleichen. Gewiß, es ist schön zu Hause, und man ist geborgen in der kleinen Stadt. Aber ich kann jetzt noch nicht heimfahren, Vater, erst muß ich hier noch sehen und lernen und ins Leben hineinschauen —“

Loriot hob seinen Arm unter den der Tochter. „Germaine, denke nicht, daß ich gekommen bin, um dich nach Hause zu holen. Es ist im Gegenteil sehr gut, daß du entgegen unserer ursprünglichen Vereinbarung hier geblieben bist, und ich kann dir nicht sagen, wie glücklich ich bin, daß du dich hier so wohl fühlst. Das erleichtert mir meinen Entschluß ganz außerordentlich.“

„Eine leichte Blässe stieg in das junge Gesicht neben ihm. „Du willst — du willst dich von Mama trennen —?“

Erstaunt blieb Loriot stehen. „Wie kommst du bloß auf so etwas? Warum sollte ich Mama denn verlassen, um Gotteswillen?“

Etwas verlegen sah Germaine zur Seite. Aber dann hob sie den Kopf und sah dem Vater fest und ruhig in die Augen. „Wir haben nie davon gesprochen, denn ich habe mich nie berechtigt dazu gefühlt, mir war auch alles unklar und verworren. Aber in diesen beiden Jahren ist auch das anders geworden. Ich verstehe Mama, ich bewundere sie — aber ich verstehe auch dich. Ich fühle es, wie du gelitten haben mußt unter diesen engen Verhältnissen, wie du dich hinausgesehnt hast in die Weite. Statt dessen mußtest du Hausbesitzer und Gatte und Familienvater sein — und nur deine Mutter konnte dir einen Ersatz geben für das, was du Jahre hindurch entbehren mußt.“

„Du bist kein Kind mehr, Germaine, du bist sehr reif geworden —.“ Etwas ungeschlüssig sah Loriot die Tochter an.

Aber Germaine lächelte schon wieder. Wie heller Sonnenschein lag es auf ihrem Gesicht. „Und das werden wir jetzt alles nachholen! Ich lasse dich einfach jetzt nicht mehr weg. Weißt du noch, wie du mir in der Schule manchmal Zeugnisse schriebst, damit ich schwänzen konnte? Jetzt machen wir es umgekehrt! Gleich heute Abend setze ich mich hin und schreibe einen wahren Jammerbrief an deine Hochschule — aber da fällt mir ein, du hast ja jetzt sechs Wochen Ferien“,

unterbrach sie sich. „Na, das ist ja glänzend, da verschieden wir den Jammerbrief auf später. Unter allen Umständen mußt du Herbst und Winter hierbleiben! Ach, Vater, das wird herrlich werden, mit dir zusammen! Ich muß dir soviel erzählen, soviel mit dir besprechen. Ich bin ja so glücklich, daß du gekommen bist!“ Unbekümmert um die erstaunten und belustigten Blicke der Vorübergehenden fiel ihm Germaine um den Hals und küßte ihn.

„Die denken alle, wir seien ein Liebespaar“, sagte sie lachend. „Du siehst ja auch noch so jung aus! Kein Mensch sieht dir deine Jahre an! Gib mal acht, was du hier für Eroberungen machst! Aber das sage ich dir, ich bin nicht so sanft und weitherzig wie Mama, sondern ich trage jeder, die dir zu nahe kommt, die Augen aus! Ich will dich ganz allein für mich haben!“ In ihren Augen spielten tausend Kobolde.

Aber Loriot stimmte nur flüchtig in ihr munteres Lachen ein. Etwas erstaunt musterte Germaine den Vater, auf dem es wie ein Druck zu lasten schien. Aber er jahwieg, und auch sie wurde still. Schweigend ging sie an seiner Seite und wartete. Sie waren inzwischen immer weiter abseits von dem Schloß gekommen. Auch die Chaussee, von der das Lutten und Rottens der Kraftwagen zu ihnen herüberlärte, lag so weit entfernt, daß jeder Ton nur noch gedämpft herüberklang.

Auf einem schmalen Fußpfad, der gerade Platz für sie beide bot, schritten sie unter den mächtigen alten Buchen einer kleinen Lichtung entgegen. Wie ein lichtblaues Meer lag plötzlich der See vor ihnen, unfaßbar weit, unergründlich und rätselhaft. Alles Schwere, Lastende schien von ihm gewichen. Wie ein leuchtend weißer Vogel glitt ein Segel vorüber, das ein leiser Wind bewegte.

Loriot nahm den breitrandigen Strohhut ab und strich sich mit der Hand über die Stirn. Dann setzte er sich auf die kleine, halb verfallene Ruhebank, die an einem Gebüsch von Weißdorn lehnte.

Auch Germaine setzte sich. Ihre Gedanken kreisten um den Vater, aber ihr Blick folgte dem weißen Segel, das sich auf der blauen Fläche wiegte. Immer rascher glitt es dahin, immer kühner kreuzte es gegen den aufkommenden Wind, gegen die immer stärkeren Wellen.

„Es scheint ein Sturm im Anzug zu sein“, sagte Loriot plötzlich. „ein Sturm von entsetzlichem Ausmaß.“ Er wandte sich der Tochter zu und ergriff ihre Hand.

(Fortsetzung folgt.)

# Krach im Calmette-Prozess.

„Wir haben unsere Kinder geopfert und sollen uns auch noch verdummen lassen.“

Lübeck, 10. November.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung im Calmette-Prozess erklärt Rechtsanwalt Darboven, es wäre erwünscht, wenn der Sachverständige in jedem Falle, in dem nur eine leichte Infektion festgestellt hat, dies bekundet, da eine solche Infektion zu einer Wohlthat für die Kinder geführt haben könnte. Diese Neuherung ruft bei der Elternschaft lebhafteste Erregung hervor, und man hört die Worte „Schöne Wohlthat“, „Auerhöret“. Sofort erhebt sich der Vertreter der Elternschaft, Rechtsanwalt Dr. Wilttern, und bittet ums Wort, das ihm aber vom Vorsitzenden nicht erteilt wird. Darauf spricht Rechtsanwalt Wilttern erregt in den Saal, was sich der Vorsitzende mit den Worten verbielt, er allein habe im Gerichtssaal Polizeibefugnisse und kein anderer. Als dann der Vorsitzende noch darauf hinweist, daß es nicht üblich sei, im Gerichtssaal Juruse zu machen, erhebt sich ein ungeheurer Lärm bei der Elternschaft. Ein Elternvertreter ruft, unter anderem in den Saal: „Wir haben unsere Kinder geopfert und sollen uns auch noch verdummen lassen!“ Der Vorsitzende kann die Eltern nicht beruhigen und muß die Sitzung unterbrechen.

Nach der Mittagspause äußerte sich Rechtsanwalt Dr. Frey zu den von ihm gestellten Beweisansprüchen und teilte dabei mit, daß er auf die Vernehmung von Professor Calmette verzichte, da nach seiner Überzeugung das Mittel Calmettes und damit die Persönlichkeit Calmettes für diesen Prozeß keine Rolle spielen. Für ihn, Frey, handele es sich nur um die Schuld der Angeklagten. Rechtsanwalt Dr. Wilttern schloß sich den Worten des Vertreters der Eltern an. Darauf nahm erneut der Sachverständige Dr. Kögling das Wort. Im Verlauf der Erörterungen tauchte die Frage auf, ob das Gericht eine positive Reaktion auf Tuberkulin schon als eine Krankheit und damit im Sinne des Strafgesetzbuches als eine Körperverletzung ansehen könne. Die Sachverständigen gaben der Ansicht Ausdruck, daß ein positives Reagieren auf Tuberkulin noch keine Krankheit, also auch keine Körperverletzung sei. Das Gericht schloß sich diesem Standpunkt an. Nach Abschluß der Vernehmung von Dr. Kögling wurde die Verhandlung auf Mittwoch verlagert.

# Eine Stadt durch Orkan zerstört.

New York, 10. November.

Nach einer Meldung aus Tegucigalpa in Honduras ist die Stadt Lasmasica durch einen Orkan vollkommen zerstört worden. Die Eisenbahnverbindungen sind unterbrochen, man fürchtet, daß zahlreiche Menschen ums Leben gekommen sind.

Konzert des Arbeiter-Mandolinistenbundes. Der Deutsche Arbeiter-Mandolinistenbund, Ortsgruppen Zehlendorf, Moabit und Schöneberg, veranstaltet am Sonnabend, dem 28. November, im großen Saal des Restaurants Lindenpark in Zehlendorf, Berliner Straße 8, ein Konzert mit anschließendem Tanz.

# Die große Auskunftei

Hochbetrieb in der Berliner Stadtbibliothek/Lesehunger der Berliner

Wie groß der Lesehunger der Berliner Bevölkerung aller Altersschichten ist, verdeutlicht zur Genüge der Hochbetrieb in der Berliner Stadtbibliothek am Schloßplatz. Selbst nach der Verlegung des Zeitungslesesaals aus den engen Räumen im Hochparterre nach dem zweiten Stock muß fast täglich das jedem Besucher leider nur zu bekannte Schild an die Tür gehängt werden: „Wegen Ueberfüllung geschlossen!“ Und auch diejenigen, die ihre Bücher lieber mit nach Hause nehmen, müssen sich Beschränkungen anfertigen; wenn man früher entliehene Bücher einen ganzen Monat behalten durfte, dann infolge des enormen Andrangs, besonders erwerbsloser Leser, jetzt nur noch drei Wochen.

## Zeitungen aus aller Welt.

Es ist übrigens kein Wunder, wenn fast immer im Zeitungslesesaal — es gibt noch einen größeren Lesesaal mit Zeitschriften und Nachschlagewerken aller Art — kein leerer Stuhl zu haben ist. Denn die Auswahl der über 200 Tageszeitungen kann jeden Leser nur befriedigen. Daß die großstädtische Presse dabei vollständig vertreten ist, überrascht nicht weiter, es ist aber erstaunlich, mit welcher Sorgfalt die Berliner Stadtbibliothek die deutschsprachige Presse des Auslands sammelt. Man kann da zum Beispiel ständig lesen die „Abendpost“ aus Chicago, die „Deutsche Zeitung“ aus Sao Paulo, den „Nordwesten“ aus dem kanadischen Winnipeg oder gar die „Deutsch-Chinesischen Nachrichten“ aus Tientsin. So geht es von den großen deutschsprachigen Blättern New Yorks herunter bis zur kleinsten auslandsdeutschen Tageszeitung, sei es die „Smakopnunder Zeitung“ oder das „Ozernowiger Morgenblatt“. Wenn es Spaß macht, der kann auch den in legendärem verlassenen Winkel Südamerikas erscheinenden Urwaldboten lesen. Dazu kommen noch die Organe deutscher Mittelstädte, herunter bis Hirschberg, Wolfenbüttel und Alenstein und was man sonst nur recht spärlich oder meist überhaupt nicht vertreten findet, nämlich die Provinzpresse der deutschen Sozialdemokratie, die findet diese Blätter hier erfreulich stark vertreten. Der Leser ist also, wenn er sich eine Meinung über bestimmte Vorgänge in der Provinz bilden will, nicht nur auf die landläufige Generalanzeigerpresse angewiesen.

Darüber hinaus sind im Zeitungslesesaal noch die Organe größerer politischer Verbände untergebracht, vom „Reichsbanner“ und vom „Stahlhelm“ angefangen bis zu den Blättern bedeutungsloser Sekten, die in den meisten Fällen schon als politische Unterwelt rangieren. Bei solcher Fülle des Materials versteht es sich, daß der an sich das Ausmaß eines Lesesaals bestehende Zeitungslesesaal die doppelte Anzahl von Stühlen haben müßte, damit jeder Leser bequem seine Zeitung lesen könnte. Aber mit dieser „Beschaulichkeit“ ist es nicht allzumeist her, denn der einzelne darf mit Recht jede Zeitung höchstens zwanzig Minuten behalten.

Noch ungleich größer ist der Zeitschriftenlesesaal, der unentgeltlich jedem Besucher bequemste Arbeitsmöglichkeiten bietet. Die langen Tischreihen sind umrahmt von mehreren tausend Exemplaren modernster Nachschlagewerke aus allen Wissensgebieten. Dabei ist

die Anordnung so, daß jedermann ohne viel zu fragen, das gewünschte Buch findet, mag er nun eine geschichtliche Begebenheit nachlesen oder etwas über Schwelmeast erfahren wollen. Das hervorragendste sind aber wohl die 800 laufend gesammelten Zeitschriften. Man findet da die „Monatlichen Nachweise über den deutschen Buchhandel“ ebensogut wie die „Sozialistische Welt“, das Organ der russischen Sozialdemokratie, weiter die stenographischen Berichte über die Sitzungen des Deutschen Reichstags wie den „Polosport“, die Berichte des Astrophysikalischen Observatoriums in Potsdam neben der „Theologischen Literatur-Zeitung“.

Die größte Abteilung ist natürlich die Ausleihe, wo von 10 Uhr bis um 21 Uhr Bücher abgegeben und neu verlangt werden. Neben den etwas veralteten Katalogen leistet dem Suchenden neuerdings die große Schlagwortkartei gute Dienste, die einmal nach Verfassern und einmal nach Sachgebieten geordnet ist. Man braucht also nur die Karte: Kautsky oder Clausen zu greifen, wenn man die Werke dieser Verfasser sucht oder aber sich die Karte vom Siebenjährigen Krieg zu ziehen, um die wichtigste Literatur darüber schnell beisammen zu haben.

Wie sehr die Stadtbibliothek von allen Bevölkerungsschichten geschätzt wird, sieht man aus den verschiedenartigen Besuchern, neben dem jungen Erwerbslosen, der sich keine Zeitungen kaufen kann, sitzt der Rechtsanwalt, der hier Zeitungen in einer Auswahl lesen kann, wie sie ihm sonst nirgends geboten werden.

## Arbeiterjugend am Grabe Hugo Haases.

Die Sozialistische Arbeiterjugend Schönhauser Vorstadt, Gruppe „Hugo Haase“, ehrte den toten Führer aus Anlaß der Wiederkehr seines Todestages. Am 8. Oktober — dem Tage des Attentats — fand im Beisein vieler Eltern eine würdige und schöne Gedenkfeier statt. Am Sonntag legten die Jugendgenossen einen schlichten Kranz am Grabe Hugo Haases nieder. Genosse Willi Hahn, der Führer der Gruppe, sprach dabei Worte des gantbaren Gedenkens und gab dem Toten das Versprechen der Arbeiterjugend, so rein und hingebungsvoll für die Sache des Proletariats zu kämpfen, wie er zu seinen Lebzeiten. Dann sprach Genosse Stadtrat Dr. Friedländer: Das gequälte Landproletariat Ostpreußens sah in Haase seinen Erlöser. Die Jugend habe die besondere Pflicht, seiner zu gedenken. — Die Erschienenen, darunter auch die Genossin Thea Haase und Ernst Haase, sowie zahlreiche Hinterbliebenen und Freunde des Toten, verweilten nach der Feier noch einige Minuten in stummer Trauer an der Grabstätte.

Bei der Revolutionsfeier im Sportplatz wurde eine Altentafel und ein Sparschrein gefunden, beide Sachen sind beim Bezirksbildungsausschuß, Lindenparkstr. 2, 2. Hof, 2. Treppen, Zimmer 9, abzuholen.

Ueber Grundlagen und Prinzipien der Gemeinschaft spricht auf Einladung der Gesellschaft zur Förderung individuell-psychologischer Arbeit Dr. Alfred Adler in Wien am Montag, dem 16. November, 20 Uhr, im Bürgeraal des Neuen Rathauses in Schöneberg, Rudolf-Wilhe-Platz.

**Haarishalbwaren**  
während der  
**REKORDTAGE**  
kaufen!

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ  
DER KARSTADT - BAHNHOF

... jeder Barkauf - jetzt ein Sparkauf!

 <b>2 St. Bierbecher</b> mit Traubenschliff, .....Pf. <b>25</b>	 <b>Blumenvase</b> luftblau, geschliff., ca. 18 cm hoch. Pf. <b>25</b>	 <b>Kompotteller</b> Bleikristall, handgeschliff., ca. 14 cm M. <b>1 00</b>	 <b>Löffelbecher</b> Bleikristall, handgeschliffen, .....Pf. <b>75</b>	 <b>Weingläser</b> Bleikr., handgeschliffen, gr. Kelche 1.00, kl. <b>75</b>
 <b>Satz Schüsseln</b> vierteilig, Steingut, bunt .....Pf. <b>50</b>	 <b>Gedeck</b> mit bunter Kante, Porzellan .....Pf. <b>50</b>	 <b>Tafelservice</b> 23 Tlg. für 6 Pers., Porzellan .....M. <b>12 00</b>	 <b>Teekanne</b> Porzellan, extra gr., mod. Streuer M. <b>1 00</b>	 <b>Tortenplatte</b> m. Heber, Steingut, bunt, 28 cm .....M. <b>1 00</b>
 <b>Fruchtschale</b> mit vernickeltem Fuß .....Pf. <b>75</b>	 <b>Besteck</b> verchromt, mit rostfr. Klinge, Paar M. <b>1 00</b>	 <b>Kaffeemühle</b> m. geschmiedetem Mahlwerk .....M. <b>2 00</b>	 <b>Haushaltwaage</b> Steingutunterteil, 10 kg Tragkraft M. <b>7 50</b>	 <b>Backhaube</b> Aluminium .....M. <b>3 00</b>
 <b>Kohlenschütter</b> emailiert .....M. <b>2 00</b>	 <b>Teppichkehrer</b> mit Stiel u. Gummi- Ecken .....M. <b>5 00</b>	 <b>Gaskocher</b> email, geschliffen, 25 parbr. mit Tisch <b>17 50</b>	 <b>Brotkasten</b> Steinguteinsatz, elfenbeinfarb. M. <b>10 00</b>	 <b>Putzschrank</b> mit vier Schub- laden .....M. <b>5 00</b>

**KARSTADT**

## Verbraucher — vereinigt euch!

### Zum Jahresbericht der Konsumgenossenschaft Berlin für 1930/31.

Das Geschäftsjahr 1930/31 war durch die immer tiefer greifenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise für die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend eine sehr ernste Belastung. Die Belastungsprobe wurde gut bestanden.

Wenn Not in den Arbeiterfamilien einzieht, die ja immer noch zu neunzig Prozent die Mitgliedschaft auch der KGB. ausmachen, dann verschiebt sich der Bedarf. In der KGB. wirkte sich das in einer bedeutenden Verschiebung bei den verkauften Waren aus. Die billigeren Lebensmittel wurden stark bevorzugt, bei den teureren zwang deutlich die Not zum Sparen, beim Hausrat und bei der Bekleidung mußten sehr starke Ausfälle eintreten.

Der Geschäftsbericht zeigt das deutlich: der Kartoffelumsatz erhöhte sich gegen das Vorjahr von rund 238 000 auf 270 000 Zentner. Kartoffeln sind das billigste Lebensmittel. Bei den unbedingt notwendigen Fetten ergab sich ein wertmäßiger Rückgang des Umsatzes um 9,1 Proz. auf 13,09 Millionen Mark. Die mengenmäßigen Umsätze haben sich weniger erhöht (bei Butter um 4,4, bei Margarine und Schmalz um 1,9 Proz.), als die Mitgliedschaft zugenommen hat (6,1 Proz.).

Nächst den Kartoffeln ist das Brot das billigste. In Deutschland freilich nicht, wo Brotmischer zugunsten der Großbäcker die Parole ist. Der ununterbrochene Kampf um die Brotpreise, die dauernden Zollerhöhungen, die Unmöglichkeit ordnungsgemäßer Mehlerzeugung, also lauter politische Gründe, haben das Brotgeschäft des Konsums geschädigt. Daraus erklärt sich, daß der Brotumsatz leicht um 11,81 auf 11,64 Mark zurückgegangen ist. Beim Mehlerzeugung steigt es ähnlich.

#### Wie die Not zum Sparen zwang.

zeigen folgende Ziffern: Der Umsatz in Gemüse- und Obstkonerven — nur rund 484 000 gegen 788 000 Mark im Vorjahr — zeigt einen Rückgang um mehr als ein Drittel. Eier wurden nur rund 272 000 gegen 276 000 Schok im Vorjahr abgesetzt. Durch die Herabsetzung der Wertumsätze aber sogar um 8,7 Proz. zurück. Konditoreiwaren wurden nur noch für 880 000 Mark verkauft, was einen Rückgang von 17,2 Proz. ausmacht. Den Kaffee mußten die Hausfrauen dünner und schlechter machen. Es wurden 23 000 Pfund Kaffee weniger geröstet und 6000 Pfund Gerste mehr.

In der Warenhausabteilung trat der stärkste Umsatzrückgang ein. Möbel und Kleidung wurden wenig gekauft, gebeitret wurde ja noch weniger als früher. Die Warenhausabteilung hat 26,8 Proz. weniger umgesetzt als im Vorjahr.

#### Dennoch sind die gesamten Umsätze weniger gesunken, als es der allgemeinen Not entsprach.

Die Ausdehnung des Fleisch- und Wurstwarengeschäfts hat sich als kaufmännische Weisheit erwiesen. Hier wurde viel von dem Rückgang heringeholt, der sonst unvermeidlich gewesen wäre. Die Fleischabteilung erhöhte ihren Umsatz um 12,6 Proz. auf 7,69 Millionen Mark. Das geschah trotz sehr harter Preisentwertung, die bei Schweinefleisch bis 30 Proz. ausmachte. Es wurden 6,88 Millionen Pfund Wurst- und Fleischwaren oder 16,8 Proz. mehr verkauft; die Preisentwertung war so groß, daß die wertmäßige Umsatzsteigerung nur knapp 1 Proz. betrug.

Wie sehr die Not in die Familien der Konsummitglieder eingeleitet ist, zeigt auch die Tatsache, daß die Zahl der Mitglieder, die jährlich für mehr als 800 Mark im Durchschnitt kaufen konnten, gegen das Vorjahr von 20 auf 16 Proz. der Gesamtanzahl gesunken ist und daß die Zahl derjenigen, deren Einkünfte nur bis zu 300 Mark ausmachten, außerordentlich stark zunahm. Ein weiteres Rotzeichen: Ab Mai 1931 übertrafen in der Sparkasse die Auszahlungen die Einzahlungen.

#### Die finanzielle Entwicklung.

Die Ueberschüsse der Betriebe betragen 20,06 Millionen Mark. Als Zeichen der Klugheit ist es zu werten — freilich ist es auch eine Folge der vergrößerten Anlagewerte —, daß die Abschreibungen von 1,17 auf 1,41 Millionen erhöht wurden. Da das Abgabestellenwerk sehr stark erweitert wurde (40 Abgabestellen mehr, darunter 29 durch ihre Einrichtung kostspieligere Fleischabgabestellen) erhöhten sich die Handlungskosten von 4,87 auf 5,67 Millionen Mark. Die aufgewandten Gehälter und Löhne stiegen noch etwas, und zwar von 9,88 auf 9,83 Millionen Mark; die Personaleinsparungen gegen Ende des Jahres konnten die Lohn- und Gehaltserhöhungen zu Beginn des Jahres noch nicht ausgleichen. Die Steuerlasten (Sonderumsatzsteuer) stiegen sehr beträchtlich, nämlich von 1,36 auf 2,06 Millionen Mark.

Es bleibt eine gegenüber dem Vorjahr von 83 000 auf rund 36 000 Mark ermäßigte Erübrigung, die in Reserve gestellt wird.

In der Bilanz zeigt sich auf der Passivseite eine Rückzahlung von Hypotheken- und Grundschuldschulden von 0,46 auf 0,15 Millionen Mark. Auf der Aktivseite sind die Anlagewerte von 8,04 auf 8,66 Millionen Mark, das Konto Neubauten von 6,41 auf 11,86 Millionen Mark erhöht. Grundstücke und Gebäude sind mit 19,71 Millionen Mark ausgewiesen. Warenbestände sind von 8,20 auf 5,98 Millionen Mark verringert. Bei den flüssigen Mitteln zeigt sich eine durch die Krise bei gleichzeitigen Neubauten unvermeidliche Anspannung: Die Bankeinlagen

bei der GGB. gingen von 15,30 auf 12,70, die Bankguthaben von 1,15 auf 0,75 Millionen Mark zurück, die Beteiligung an genossenschaftlichen Unternehmungen erhöhte sich von 1,52 auf 1,79 Millionen Mark.

#### Das Vertrauen der Sparer blieb der KGB. unverfüzr erhalten.

Die Einlagen vermehrten sich weniger schnell als in früheren Jahren, dennoch stiegen sie noch um 4,1 auf 49 Millionen Mark. 13 214 neue Sparer traten hinzu. Das Eigenkapital (Geschäftsguthaben und Reserven) vermehrte sich von 7,17 auf 8,25 Millionen, davon das Geschäftsguthaben der Mitglieder von 5,14 auf 6,22 Millionen Mark. Am Jahreschluß war die Gesamtzahl aller Beschäftigten gegen das Vorjahr von 4345 auf 3846 Personen zurückgegangen.

Auch in der Höhe der Rückvergütung äußert sich die Notzeit. In den vier Jahren 1926 bis 1929, Zeiten sehr starken Aufschwunges und guter Konjunktur, wurden 4 Proz. Rückvergütung verteilt. Im Notjahr 1930/31, wohl auch noch im gegenwärtig laufenden Jahr, liegt die Rückvergütung niedriger. Sie ist nur auf 2 Proz. festgesetzt. Eine Prüfung der Geschäftslage im Jahre 1930/31 ergibt, daß die geringere Rückvergütung sachlich gerechtfertigt ist, so unwillkommen sie den Mitgliedern sein muß. Aber es ist zu beachten, daß die 1930/31 vorgenommene Betriebsausdehnung, besonders bei den Fleischabgabestellen, eine außerordentlich wertvolle Substanzverbesserung ist, die auch den Mitgliedern unmittelbaren Nutzen gebracht hat. Die vorgenommene Erweiterung des Warenhauses in der Dralienstraße und der

vollendete Ausbau der Spandauer Brodfabrik, die sicher zum Teil auch laufende Mittel in Anspruch genommen haben, sind unter den gleichen Gesichtspunkten zu bemerken. Wenn die Rückvergütung geringer ist, hat sich der Kapitalwert der Anlagen über das dafür aufgewendete neue Kapital hinaus erhöht.

#### Die Gesamtentwicklung darf im ganzen als günstig bezeichnet werden.

Der Gesamtumsatz ist von 80,01 auf 76,68 oder um 4,1 Proz. gesunken, bei einer Mitgliederzunahme um 6,1 Proz., aber bei einer durchschnittlichen Senkung der Preise um mindestens 17,8 Proz. Da die Preisentwertung sich viel stärker auswirkte als die Einkäufe der neuen Mitglieder, ergibt sich trotz des abfälligen Umsatzrückganges noch eine relative Umsatzverbesserung um 8 Proz.! Das heißt: Die Mitglieder haben gerade in der Notzeit bei ihrer Konsumgenossenschaft mehr gekauft als vorher. Sie haben die Treue nicht nur gehalten, sondern sie noch verstärkt. Das zeigt sich auch beim Durchschnittsumsatz je Mitglied. Er ging von 425,39 auf 385,13 Mark zurück. Das ist ein Rückgang um 10 Proz. Da die Preisentwertung aber rund 18 Proz. betrug, hat jedes Mitglied mengenmäßig noch mehr gekauft. Dabei ist zu beachten, daß 185 000 von den 199 000 Mitgliedern Arbeiter und Angestellte sind, die unter der Krise besonders schwer leiden müssen.

Hoch ist der Werbeerfolg einzuschätzen. Die persönliche Eingabe der Mitglieder hat hier viel geleistet. Die Mitgliederzahl stieg von 188 000 auf 199 000. 15 100 schieden aus, aber 26 100 kamen neu hinzu. Trotz der Krise haben aber die Wohlfahrtsaufwendungen der KGB. sich noch vermehrt. Die Erwerbslosenrente stieg von 32 000 auf 54 000 Mark, der Zuschuß zum Kindererholungsheim Sperenberg betrug 39 400 Mark. 404 Kinder fanden wieder gute Erholung. Die Erwerbslosenfinder waren völlig frei.

Es lohnt sich, von neuem und mit neuer Kraft für die Konsumvereine zu werben. Sie sind und bleiben ein wichtiges Instrument der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse.

## Reichsbank am 7. November.

### Die Sorge um die Devisen.

In der Woche zum 7. November wurde die Reichsbank kräftig entlastet. Die Wechselbestände gingen um 179,4 auf 3830,1, die Lombarddarlehen um 127,2 auf 112,3 Mill. zurück. Die Häufung von Zahlungsterminen zum Monatsbeginn führte zu einer Abnahme der fremden Gelder auf Girokonto um 119,2 auf 368,9 Mill.

Der Notenumlauf nahm um 204,3 auf 4541,6, der an Rentenbankscheinen um 7,1 auf 414,2 Mill. ab.

Bemerkenswert sind die Verschiebungen bei Gold und Devisen. In Erwartung kommender Devisenabzüge hat die Reichsbank Gold nach New York gelegt. Die Goldbestände sind um 43,2 auf 1101,3 Mill. verringert, die entstandenen Gegenforderungen haben die Devisenbestände aber nur um 29,9 auf 160,6 Mill. anwachsen lassen. Daraus ergibt sich für die erste Novemberwoche ein Devisenverlust von 13,3 Mill. Mark. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und Devisen zusammen hat sich gegen die letzte Oktoberwoche von 26,9 auf 27,8 Proz. trotzdem verbessert.

Die Devisenfrage bleibt die ernsteste Frage der Reichsbankpolitik. Noch immer ist es der Reichsbank nicht gelungen, die überschüssigen Devisen aus der Aktivität der Handelsbilanz bei sich zu sammeln. Man sieht bis heute noch kein Ergebnis der angedrohten Kreditentziehungen im Falle der Deviseneinsparung im Ausland durch die exportierenden Firmen. Ob die Reichsbank schon etwas unternommen hat, um der neuerlichen Kapitalistenflucht aus der Mark in der Form des Aufkaufs deutscher Auslandsanleihen zu begegnen, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis. Auch hier wird die Devisenpolitik der Reichsbank durchkreuzt.

## Sparprogramm der Reichspost.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost nahm in seiner Diensttagssitzung zum Vorschlag des Reichspostetats für 1931 einen Nachtrag an, der die ursprünglich vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben um je 100 Millionen Mark herabsetzt.

Der Verwaltungsrat schätzt den Einnahmerückgang infolge der Verschärfung der Krise für das bis Ende März 1932 laufende Finanzjahr auf mindestens 100 Millionen. Nach dem kürzlich veröffentlichten Ergebnis des zweiten Betriebsquartals scheint uns diese Schätzung allerdings zu pessimistisch zu sein. Bei der einzusparenden Summe von 100 Millionen werden etwa 60 Millionen bei den Sachausgaben, weitere 15 Millionen bei den persönlichen Ausgaben, und 6 Millionen bei der Ablieferung an das Reich, die gesetzlich 6 Proz. der Einnahmen beträgt, eingespart werden. Für die Deckung des Restes von 20 Millionen werden übertragbare Haushaltsreste mit herangezogen. Bei der Aufstellung des Sparplanes war richtunggebend, Personalentlassungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

## Millionenverlust bei Dürkopp.

Die Dürkopp-Werke A.-G. in Bielefeld, ein bekanntes Unternehmen der Fahrradindustrie, weist für 1930, dessen Abschluß jetzt erst bekanntgegeben wird, bei rund 7 Millionen Mark Kapital

einen Verlust von insgesamt 3,22 Millionen aus. Durch Auflösung der noch vorhandenen Rücklagen verminderte sich der Verlust der Gesellschaft auf 2,2 Millionen, der auf neue Jahresrechnung vorgetragen wird.

Wie die meisten anderen Fahrradfabriken arbeiten auch die Dürkopp-Werke in Bielefeld seit Jahren nur noch mit Verlust. Nachdem schon vor zwei Jahren der Lastwagenbetrieb stillgelegt worden war, und im vergangenen Jahr auch die Gießerei und die Abteilung Haushaltsnähmaschinen den Betrieb einstellten, ist die Fabrikationsbasis des Unternehmens äußerst schmal geworden. Trotzdem und ungeachtet der Millionenverluste denkt die Verwaltung auch bei den jetzt eingetretenen Millionenverlusten noch nicht daran, durch scharfe Zusammenschneidung des Aktienkapitals eine Sanierung in die Wege zu leiten. Will sie damit so lange warten, bis es nichts mehr zu sanieren gibt?

## Mißtrauen gegen Rußlands Finanzen.

Für die Finanzierung der Russenaufträge ergeben sich allmählich in allen Ländern große Hemmnisse. Zweifellos liegen diese zum Teil in der Größe der Aufträge und in der Länge der von den Russen beanspruchten Kreditfristen begründet.

Ob nicht in anderen Ländern ein gewisses Mißtrauen gegen Rußlands Zahlungsfähigkeit mißspielt, ist nicht zu sagen. Die russische Handelsbilanz weist bisher ein Passivum von über 400 Millionen Mark aus; aber es ist unbekannt, wann die eingeführten Waren tatsächlich zu bezahlen sind. Außerdem kann die bevorstehende russische Ausfuhr von Agrarprodukten und von Gold die Bilanz wesentlich ändern. Das amerikanische Handelsministerium soll jedenfalls vor Geschäften mit Rußland gewarnt haben, es sei denn, die Zahlung erfolge in bar oder in gleichwertigen Sicherheiten. Und England hat die Bedingungen für die Versicherung der Exportkredite an Rußland verschärft: die Höchstdauer der Kredite ist von 24 auf 12 Monate, vom Zeitpunkt der Verschiffung der Ware ab gerechnet, herabgesetzt.

Verordnung über die Zahlungsfrist in Aufwertungssachen. Auf Grund einer neuen Rotverordnung können Aufwertungsschuldner bis zum 30. November 1931 der Aufwertungsstelle einen Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist stellen, auch wenn ein früherer Antrag bereits abgemessen wurde. Das gleiche gilt für aufgewertete Industrieobligationen.

Bilanz der Reichspost noch fast ausgeglichen. Die deutsche Reichspost hat im zweiten Quartal des von April bis März laufenden Betriebsjahres 1931/32 bei insgesamt 496 Millionen Mark Ausgaben trotz weiten Rückganges in den meisten Verkehrszweigen noch Einnahmen in Höhe von 487 Millionen Mark erzielt. Die Kassenbilanz der Reichspost ist also auch in der Zeit vom Juli bis September d. J. trotz der Verschärfung der Krise noch fast ausgeglichen. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Postkonten auch in dem Berichtsquartal um 6252 auf 1 008 856 zugenommen hat. In dieser Entwicklung dürften noch Auswirkungen der Kreditkrise vom Juli zur Geltung kommen, da viele Geschäftsleute nach der Banken- und Sparkassenpanne es vorgezogen haben, ihre Guthaben auf Postkonten anzulegen. Zu den wenigen Verkehrszweigen, die ihre anhaltende Aufwärtsbewegung fortgesetzt haben, gehört auch der Rundfunk. Bei einer weiteren Zunahme von 12 354 Hörern hat sich die Gesamtzahl der Rundfunkeinsteiger auf fast 3 732 000 Personen erhöht. 320 Schwarzhörler wurden in der Berichtszeit rechtskräftig verurteilt.

# Wollen Sie oder müssen

Sie sparen? Überflüssige Frage, denn: **CLUB** ist zwar eine sehr billige, aber ganz vorzügliche Zigarette; **CLUB** ist ja viel feiner als Sie vermuten.



# P. Romanoff: Rowdys

In der Elektrischen herrschte große Aufregung über den Bubenstreich eines jungen Burfchen, der heimlich den Rehlack einer alten Frau aufgeschüttelt hatte. Die Alte meinte, das Publikum schalt; das Rehl strömte unaufhaltsam aus dem Saal. Man hielt sich auf über das Zunehmen des Rowdiums, fand, daß nicht energisch genug dagegen vorgegangen werde.

Ein alter Mann mit einem Zwicker und hochgeschlagenem Kragen meinte, das sei eine spezifisch russische Erscheinung. Die Elektrische blieb stehen, man begann auszustiegen, hier und da ereiferte sich jemand:

„Was fällt Ihnen ein, sich hier drin abzustauben. Sie können es wohl nicht erwarten? Wenn Sie erst draußen sind, können Sie sich noch Herzenslust ausschüteln.“

Zwei Burfchen gingen auf dem Bürgersteig, trugen lange Pfosten auf den Schultern. Mit einem Blick auf die hastenden Fußgänger wechselten sie ein paar Worte, verließen das Trottoir und pflanzten ihre Pfosten hüben und drüben am Straßenrande auf. Dann vollführte jeder von ihnen eine wegsperrende Geste mit der Hand. Die Trottoirs waren nicht besetzt. Das Publikum blieb stehen, blickte abwechselnd auf die Burfchen und auf die Rehlbestäubten, die der Elektrischen entstiegen. „Was ist geschehen?“

„Wir werden wohl hier warten müssen“, sagte einer der beiden Burfchen, stemmte seinen Pfosten nachdrücklicher auf die Steine und steckte sich eine Zigarette an.

„So redet doch“, trat eine Frau im Kopfschurz vor, die Petroleumflasche unter dem Arm. „Ich habe Eile.“

„Bürgerin, stören Sie die Ordnung nicht. Sie kommen noch zeitig genug zu Ihrem Petroleum.“

Die Frau zog sich zurück.

„Der Teufel mag wissen, was das hier heißen soll! Nun haben sie das ganze Publikum zum Stehen gebracht. Einfach blödsinnig, derartige Verfügungen.“

„Vielleicht ist es zu etwas nötig“, ließ sich eine Stimme aus der Menge vernehmen.

„Gewiß, wenn diese Verfügungen nicht notwendig wären, würde man sie nicht treffen“, sagten welche.

„Vielleicht hat sich ein Raubüberfall ereignet. Schaut mal, da sind welche aus der Elektrischen ausgestiegen. . . . sind alle weiß bestäubt, die Satanskinder. Vielleicht sind das die Raubgeheulen.“

„Erstaunt und misstrauisch musterten alle die mehlfestäubten Leute und jeder rückte ab, sobald sich einer von den Aussteigenden hinzugesellte.“

„Eine spezifisch russische Erscheinung“, sagte der Alte mit dem hochgeschlagenen Kragen, sich an den Zunächststehenden wendend. „Mir nichts, dir nichts den Verkehr zum Stillstand zu bringen, unbekannt aus welchem Grunde!“

Da der Rodschok des Alten völlig weiß war, so hielt es der Angeredete für überflüssig, zu antworten und zog es vor, abzurücken.

Die Fußgänger, die von hinten der Menge zuströmten, fragten, auf Fuhrspuren über die Köpfe hinweggehend:

„Weshalb der Aufenthalt?“

„Weiß der Teufel! Da haben sie welche gebracht, die sind gänzlich mit Mehl bestäubt. Unbegreiflich, daß man sie überhaupt hat gehen lassen. Nun sollen sie wohl arretiert werden.“

„Sie, junger Mann, werden wir noch lange hier stehen müssen?“ fragte eine Dame im Hut den Zunächststehenden der beiden Burfchen.

Der sah sich gemächlich um, tat einen Zug aus der Zigarette, spuckte aus und sagte: „Ihnen fehlt's wohl an Geduld. Wätschen, wie immer, eiligt durchzuschlüpfen?“

„Hören Sie mal, treten Sie zur Seite!“ schrie man einen Mann mit bestäubtem Rücken an. „Wo, zum Teufel, habt ihr auch alle so weiß gemacht?“

„Daß dich mit denen nicht allzuweh ein. Die werden wohl alleamt arretiert.“

„Vielleicht sind es gar keine Räuber, sondern Gestohrene?“

„Vielleicht.“

„Daß der Teufel sie hole. Ihretwegen hier herumsehen, wo alle doch Eile haben weiterzukommen.“

„Banja!“ rief da der eine Burfche dem anderen zu. „Bist Du dabei, daß sie nicht durch den Verbindungshof dort einschlüpfen.“

„Auf dem nahen Platz stand der Polizeiposten. Verwundert beobachtete er die Menschenansammlung. Er machte mehrmals Anstalten, hinüberzugehen, aber er konnte sich offenbar nicht entschließen, seinen Posten an der lebhaften Straßenkreuzung zu verlassen, wo er mit erhobenem Stabe den Verkehr regelte.“

„Legtens“, sagte einer aus der Menge, „wurden wir auch aufgehalten. Eine Kinoaufnahme wurde gemacht.“

„Dazu haben sie kein Recht.“

„Natürlich nicht. Und doch blieben alle stehen.“

„So wie nun Sie hier.“

„Ich stehe hier, weil ich nicht wissen kann, ob es nicht doch notwendig ist. Wozu würde es führen, wenn man sich ohne weiteres über alle Verfügungen hinwegsetzte?“

„Ach was, Verfügung! Da ist einfach in irgendeiner Richt-“

## Ereignis.

Die Stallaterne schwankt über den Hof.  
Ein Ruf — Es raffelt klirrend eine Kette.  
Ein Licht glost auf. Vom Nebel troff  
des Drohknechts lantige Silhouette.

Es kalbt die Braune. Zukend liegt der Leib  
im warmen Dämmer auf berastem Plan.  
Tieraugen glohen hilflos, groß. Ein Weib  
steht schen und ängstlich da. Der Hund schlägt an.  
Alexander von Sacher-Masoch.

niederlage eine Schor Kaublustiger abgeklappi worden und mir werden hier ihretwegen aufgehalten.“

„Nicht vordrängen! Hintereinander aufstellen!“ kommandierte der eine der Burfchen.

„Werden wir noch lange hier stehen müssen?“ fragte es aus den hinteren Reihen.

„Was weiß ich?“ entgegnete der Burfche, „sobald eine Gegenorder kommt, könnt ihr losgehen.“

Ein Kollege trat zu dem Polizeiposten auf dem Platz. Er wies mit dem Finger auf die Menschenmenge und sagte etwas. Der auf dem Posten blickte hin und legte sich in Bewegung.

„Banja, mach kehrt!“ rief der nächststehende Burfche und blinzelte dem Kameraden zu. Und zur Menge: „Da kommt der Polizeiposten, der löst uns ab. Vielleicht entläßt der euch bald.“

Die beiden luden ihre Pfosten auf und verschwanden um die Ecke.

„Werden wir bald entlassen?“ tönte es von allen Seiten dem Polizeiposten entgegen.

„Weshalb steht ihr denn da?“

„Man hat uns dazu veranlaßt.“

„Wer denn?“

„Was wissen wir, wer die sind? Zwei Burfchen.“

„Zum Teufel“, sagte der Polizeipost in einiger Verlegenheit, „mir ist nichts bekannt davon.“

„Wo können wir gehen?“

„Weshalb nicht? Ihr könnt.“

„Was war denn überhaupt los?“ fragte man von allen Seiten.

„Was los war? Zwei Tunichtgute haben ihren Spaß mit uns getrieben. Welch empörender Unfug! Weshalb wird nichts dagegen unternommen?“

„Und weshalb in aller Welt ist nur bei uns in Rußland noch sowas möglich?“ fragte der mehlfestäubte Greis.

(Aus dem Russischen Übertragen von Saffa Rosenthal.)

# Dr. R. K. Francé: Sprache der Pflanzen

Wohl jeder Garten birgt eine Laube oder Bower, an der wider Wein, der allerdings eine andere, wenn auch verwandte Pflanze ist als der traubenfernde Weinstock, emporklettert. Uebrigens gelingt die Beobachtung auch im Weinberg, denn auch der Weinstock besitzt Ranken, die „Schwimmungen“ ausführen. Unter dieser Bezeichnung aber versteht man folgendes:

Das frei in die Luft ragende Ende einer Ranke ist gewöhnlich ein wenig eingekrümmt. Steht man an einem völlig windstillen Mittag, da sich kein Blättchen regt und die Sonne so recht heiß und gewitterverlöbend herniederbrennt, hinter die Ranke ein Blatt und merkt man genau ihre Stellung an, so wird man nach fünf Minuten finden, daß sie den Platz verlassen hat. Ihre Spitze beschreibt einen geheimnisvollen Kreis in der Luft und erst nach geraumer Zeit kehrt sie wieder auf den Ausgangspunkt zurück.

Alle Ranken oder der Sprohrgipfel bei windenden Pflanzen, wie solche zum Beispiel die Bohne, der Hopfen, die schönen Trichterwinden des Balkons sind, sie führen diese kreisenden, suchenden Bewegungen von selbst aus. Hier ist ein Impuls ohne äußere Veranlassung gegeben, der aber für die Pflanze von großem Nutzen ist, da dadurch das Auffinden einer festen Stütze, bei den Windpflanzen das Umschlingen der Stütze ermöglicht ist.

Eine junge Bohnenpflanze z. B., neben die man einen Stab in einiger Entfernung senkrecht aufstellt, ist imstande, schief auf den Stab hinzuwachsen. Ranken, die eine Weile kreflen, ohne eine Stütze zu finden, senken sich und beginnen einige Dezimeter tiefer ihr Spiel; finden sie da auch nichts, steigen sie wieder empor. Dies wiederholt sich einige Male; dann sterben sie vorzeitig, während sie doppelt, ja dreifach und vielfach länger leben, wenn F etwas umschlungen haben.

Bewegungen wenden ferner auch die Pflanzen an, die des Nachts „schlafen“. Man versteht unter diesem irreführenden Ausdruck allerdings kein Ruhen, sondern eine besondere Stellung von Blättern und Blüten zu verschiedenen Zwecken.

Wer aufmerksam den Wald des Vorgebirges durchwandert, hat sicher schon oft schlafende Pflanzen gesehen und sich verwundert gefragt, was sie denn bedeuten mögen. In der Kleinfunkst des Waldes steht an hervorragender Stelle ein reizendes Gewächschens, das man seiner dreijährigen Blätter und des Geschmacks halber Sauerkie nennt. Im Frühling schmückt es sich mit einem überaus lieblichen weißen Blütenglockchen, bis zum Herbst steht es dann nur mehr im hellgrünen Blätterkleid da. In ganzen Trupps umfäumt es den Fuß der Buchen und Fichten, und bald hat man herausgefunden, daß es ein Schattenfreund sein muß, denn im Zwielicht wuchert es besonders üppig. In den Stunden, da heller Sonnenschein sein Dreifalt grüngolden aufleuchten läßt, da schläft es. Die drei Blättchen kappen sich zusammen; sie schlagen sich nach unten ein, was einen sehr drohigen Anblick gewährt. Die Bewegung der Blättchen geschieht durch ein Gelenk, ihr Mechanismus beruht auf Änderungen des Drucks.

Der Sauerkie „schläft“ im Sonnenschein, denn dann droht den überaus zarten Blättchen die Gefahr, zu vertrocknen. Andere Blätter, wie die der Bohne, schlafen des Nachts, was auch für sie vorteilhaft ist, oft schon des Temperaturrückes halber. Kamen vollführen des Abends oder bei schlechtem Wetter Schließbewegungen, manche, so die Stabiose, lassen sogar das Köpfchen hängen. Hier dürfte der ergiebtige Nutzen im Schutze vor dem schädlichen Tau oder Regen liegen.

Mit den Gelenken und den Änderungen der Wasserspannung besorgen viele Blättchen auch die Einstellung der Blätter gegen das Licht, und den gegen Wunderliches abgehörten Botaniker übertrifft es gar nicht, zu sehen, daß hierbei eine feine und intelligente anmutende Arbeitstellung einsetzt. So gibt es in den Tropen Kletterpflanzen, die zwei Gelenke besitzen, eines an dem Stiele, dort, wo er dem Zweige ansetzt, das andere an dem Übergange vom Stiel zum Blatt selbst. Das erste stellt das Blatt so ein, daß es im Groben eine Röhre findet im Laubgewölbe seiner Brüder, mit ein wenig Aussicht auf Himmelslicht. Das andere besorgt die Feineinstellung der Blattspreite, damit die Lichtstrahlen sie gerade senkrecht treffen. Ein köstlicher Feinmechanismus mit zwei Einstellungsorganen wie irgendein optischer Apparat ist in diesem Bewegungsinstrument verwirklicht, und es gehört natürlich nur zu seiner Vollkommenheit, daß, wenn eines der Gelenke beschädigt oder verhindert ist, ihm das andere aushilft.

Aber selbst der abgeklärteste Pflanzenkennner steht ratlos und mit einer Art Schreden vor der indischen Wunderpflanze, die er Desmodium gyrans deshalb benannte, weil sie mit ihren Blättchen ratlos lächelt und Bewegungen ausführt, deren Ursache und Mechanismus noch durchaus im Dunkeln liegen. Bei der Treibhaus-temperatur, die dieses sparrige und häßliche Sträuchlein, das in den Sümpfwäldern um Kalkutta wächst, braucht, um gut gedeihen zu können, schwingen die zwei kleinen Blättchen, die an feinen Stielen zu beiden Seiten der größeren eigentlichen Blätter stehen, Tag und Nacht, je einmal in 1½ Minuten auf und nieder. Rührt man die Pflanze ihre gewohnte Wärme entbehren, verlangsamt sich die Bewegung, und bei 21 Grad Celsius kommen diese Pendel der Lebensuhr endgültig zur Ruhe.

Angedacht sollen auch hier Druckschwankungen die Ausführungen besorgen, aber das bleibt uns gleich, angesichts der „Anpflanzenhaftigkeit“ eines solchen Verhaltens. Wenn unsere Wälder aus Desmodien bestehen würden (übrigens sollen die Weibel des Wälders ohne dieses Ähnliche, wenn auch leiser derartige Schwingungen ausführen), dann hätte alle Welt den unheimlichen Eindruck, mit dem die Naturforschung schon seit langem auf die Pflanze blickt.

Ihr ist Wald und Wiese ein vergauberter Garten; unerwünschte Irrtümer stehen darin, Trüben leise und bedächtigt mit den Gliedern, sehen ihn an mit gläsernen Augen und wenden gespenstigt den Blatttopf nach der Sonnentugel Lauf, deren stummer Andacht sie hingegen sind.

Ihre Sprechwerkzeuge hat sie jetzt erforscht und geht nun daran, die „Grammatik der Pflanzensprache“ zu schreiben. Sie ist eine Sprache der Semaphoren. Reden werden in ihr gehalten wie von den neapolitanischen Fischern: mit Gebärden und Winken. In solchen grotesken Bildern läßt sich der Schüler vor der Naturforschung der Zukunft, die es wieder verstehen wird, warum man einst auch in der Pflanze, die uns heute nur Schmutz und Spiel ist, soweit wir sie nicht zur größten Ruhbarkeit erniedrigen, ein göttliches Verstehtes und ein Symbol des großen Weltwunders, in das der Mensch mit laufend Fäden mystisch verstrickt ist.

Das iüchste Volk der Welt. In keinem Lande der Welt wird so viel Zucker verbraucht wie in den Vereinigten Staaten. Die Statistiken lassen die Tatsache erkennen, daß im Jahre 1926, dem Jahre des Hochkonjunktur, der Zuckerverbrauch mit 6 Millionen Tonnen, d. h. fast 50 Kilo für jeden Einwohner den Höchstpunkt erreicht hat. Man ersieht daraus, daß jeder Amerikaner einen Zuckerverbrauch hatte, der den fünften Teil seiner Gesamternährung darstellt. In dieser schweren Zeit der Wirtschaftskrise haben sich aber auch die Amerikaner wohl oder übel an eine düstere Lebensweise gewöhnen müssen. Tatsächlich ist im Jahre 1930 der Zuckerverbrauch auf 44 Kilo auf den Kopf der Bevölkerung zurückgegangen und betrug nur noch annähernd 4/5 Millionen Tonnen.

# Spanisches Frauenrecht

Das alte Spanien hat die Frau als selbständiges politisches und gesellschaftliches Wesen kaum anerkannt. Die Frau wurde zur Haushälterin des Mannes und zur Kindergärtnerin erzogen. Fast stets blieb sie ihr Leben lang Mutter möglichst vieler Kinder ohne jede Aussicht auf eine andere Betätigung, auf einen geistigen Aufstieg. Auch ohne den Willen dazu! Die Tradition hatte es so gewollt, und die Auffassung von der Tradition war von der Kirche bestimmt. Der Klerus sah in den Frauen sein stärkstes Heer. Er hatte keine Neigung, diese Geschöpfe, die ihm ergebenste Untertanen waren, auf neue kulturelle Bahnen zu führen, deren letztes Ziel doch nur eine Schwächung der kirchlichen Macht gewesen wäre. Es ist selbstverständlich, daß das neue Spanien gerade mit dieser Tradition der Niederhaltung der Frau im staatlichen und gesellschaftlichen Leben endgültig brechen mußte.

Die neue Verfassung, deren Fertigstellung vielleicht noch in diesem Monat zu erwarten ist, greift das Problem der weiblichen Selbständigkeit hauptsächlich von zwei Seiten an: von der des Ehrechtes und von der des Wahlrechtes für die politischen und kommunalen Wahlen.

Im Rahmen der kirchlichen Lehre konnte das Königreich Spanien keine Ehescheidung. Das einzige, was schließlich durchzusetzen war, blieb die „Trennung von Tisch und Bett“, mit der die Unmöglichkeit verbunden war, eine neue Ehe einzugehen. Die neue Verfassung räumt mit dieser mittelalterlichen gegenseitigen Verklauung der Geschlechter gründlich auf. Sie legt nicht nur prinzipiell die Möglichkeit der Ehescheidung fest, sondern zeichnet darüber hinaus schon die Grundlinien für das künftige Eherecht außerordentlich genau vor. Wie Mann und Frau durch freien Willen zur Ehe zusammengeführt werden, so sollen sie auch die Möglichkeit haben, sich auf Grund eigenen freien Entschlusses zu trennen. Eine Ehe, die beide Gatten nicht mehr fortzuführen wünschen, ist nach den schon von der Nationalversammlung gebilligten Bestimmungen der neuen Verfassung zu lösen. Einigen die Ehegatten nicht gültig auf Trennung der Ehe, sagt nur einer von ihnen auf Scheidung, dann soll der Richter „triftige Gründe“ des klagen Ehegatten für seinen Wunsch, geschieden zu werden, verlangen, bevor er die Scheidung ausspricht. Das bedeutet zunächst einmal die Aufnahme des Prinzips in die Verfassung, daß die Ehegatten selbst darüber zu entscheiden haben, ob sie ihre Ehe fortzuführen wollen. Sind sie sich in der Ueberzeugung einig, daß ihre Ehe kein Glück mehr für sie bedeutet, dann hat der Staat kein Recht, sie zur Fortsetzung der einmal vor dem Standesbeamten eingegangenen Ehegemeinschaft zu zwingen. Die Ehe ist zur privaten Angelegenheit der Bürger geworden. Erst dort, wo sich diese

Bürger — d. h. die Ehegatten — nicht darüber einigen können, ob sie den einmal geschlossenen Vertrag fortsetzen oder lösen wollen, tritt der Staat in Funktion und prüft auf Antrag der klagen Partei in Gestalt seiner Richter, ob „wichtige Gründe“ für die Auflösung des Ehebundes vorliegen. Kein anderer bürgerlicher Staat Europas hat bisher eine derart moderne Ehegesetzgebung aufzuweisen! Damit und mit der Annahme anderer Paragraphen über die Gleichstellung der Geschlechter wird die Frau, die im alten Spanien kaum irgendwelche rechtlichen oder geschäftlichen Handlungen ohne Zustimmung des Mannes vornehmen durfte, zum selbständigen Gliede der neuen Gesellschaft.

Die politische Gleichberechtigung wird dem weiblichen Geschlechte durch das Wahlrecht gegeben. Das Bundesparlament soll in Zukunft von beiden Geschlechtern nach gleichen Rechten gewählt werden. Jeder Spanier, jede Spanierin hat im Alter von über 23 Jahren auch das Recht, zur Urne zu gehen und ebenso sich wählen zu lassen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch das Wahlrecht für die provinziellen und lokalen Parlamente für beide Geschlechter gleich sein wird. Schon die Abstimmungen der nächsten Wochen müssen die Entscheidung darüber bringen.

Ueber die Zuerteilung des Wahlrechtes an die Frau ist in Spanien mehr als in anderen Ländern debattiert worden. Die alten Republikaner, die liberalen bürgerlichen Parteien haben von der Zuerkennung des Wahlrechtes an das weibliche Geschlecht eine Stärkung des Merkantilismus, der kirchlichen Reaktion, befürchtet. Das erklärt sich aus der Erkenntnis, wie stark bis in die jüngste Zeit der Einfluß der Kirche auf die spanische Frau gebildet ist. In dem halben Jahre seit Begründung der Republik hat sich das jedoch schon an manchen Orten geändert. In anderen hingegen hat der Merkantilismus die weibliche Seele mit großem Erfolge bearbeitet. Man darf schließlich nicht vergessen, daß die weit überwiegende Zahl der Spanierinnen niemals ein gedrucktes Wort liest, ja, zu einem sehr großen Teile überhaupt kaum das Alphabet beherrscht. Daher stammt die Bedeutung von Kanzel und Beichtstuhl, auch für die politische Meinungs- und Willensbildung der Frau.

Das neue Spanien entwickelt sich im schärfsten Tempo. Rechts und Links von der Straße brennen heute hier und da Gehöfte nieder. Das sind Zeichen äußerer durch die Weltwirtschaftskrise vergrößelter Not und des Beginns eines lokalen Kampfes, in dem zunächst noch gewaltige Reste einer im übrigen Europa längst versunkenen feudalistischen Vergangenheit hinweggeräumt werden müssen. In diesem Ringen ist den Frauen zweifellos eine besondere Aufgabe zugewiesen. Die ersten Bestimmungen der Verfassung sollen sie frei machen, damit sie dieser Aufgabe gerecht werden können.

# Sklareks Wutanfall.

## Schmiergelder gingen nie aus.

Nach dem stürmischen Vormittag verlief die Nachmittags- scheidung verhältnismäßig ruhig; nur zum Schluss bekam Leo Sklarek zur Abwechslung wieder einmal einen gelinden Wutanfall.

Nachdem der Angeklagte Kohl sich aus dem Gerichtssaal entfernt hatte, beschäftigte man sich mit den Zuwendungen, die der Angeklagte Stadtmann und Oberrechnungsrevisor Sakolofski von den Gebrütern Sklarek erhalten haben soll. Die Anklage hat die Summe von 24 500 Mark erachtet. Nach Befundungen des Buchhalters Lehmann sollen sie unter verschiedenen Decknamen „Sack“, „Mohn“, „Salomon“ und „Kosloff“ geführt worden sein. Der Angeklagte Sakolofski bestreitet, von den Gebrütern Sklarek auch nur die geringste Summe erhalten zu haben. Die einzigen Gelder, die er bekommen habe, seien Berechnungen aus Rennwetten gewesen. „Wohl Sklarek sagte mir, der halbe Magistrat wette bei ihm, da könne ja auch ich bei ihm wetten.“ Willi Sklarek bestätigt, daß er Sakolofski bloß Wettgelder ausgehändigt habe; er fügt hinzu, daß er auf Veranlassung von Max unter dem Decknamen Salomon seine Speisen habe verkaufen lassen, ebenso unter dem Decknamen Gabriel (Gäbel) im ganzen 9000 Mark. Die Villa in Mecklenburg will der Angeklagte Sakolofski für die 3000 Mark erparten Geldes gekauft haben. Leo Sklarek will es nicht mehr wahr haben, daß er Sakolofski einige hundert Mark gegeben habe. „Das habe ich nicht gesagt. Das stimmt nicht“, erklärt er. „Wohl habe ich damals gesagt, daß wir die besten Stützen der Staatsanwaltschaft sein werden.“ Oberstaatsanwalt von Stein- oder unter allgemeiner Heiterkeit: „Sie sind das bereits heute.“ Jetzt folgt Leo Sklareks Wutanfall: „Ein großer Jurist“, schreit er, „hat mir gesagt, daß er noch nie eine so gehässige Anklage gelesen hat. Wir werden Ihnen beweisen (mit der Faust auf den Tisch schlagend), daß wir nicht solche Menschen sind, wie Sie uns da drin charakterisiert haben.“

Zwei Epochen aus der Verhandlung müssen noch erwähnt werden. Der Vorsitzende verlas eine Erklärung des früheren demokratischen Stadtverordneten, jetzigen Ministerialdirektors Rerten, in der er bestritt, weder seinen Einfluß in der Stadtverordnetenversammlung zugunsten der Sklareks geltend gemacht zu haben, noch von Max Sklarek, den er in seinem Leben nur zweimal gesehen habe, Gelder erhalten zu haben. Für die Partei habe er einen Sonderbeitrag bekommen, der nur einen Bruchteil von dem in der Gerichtsverhandlung erwähnten 10 000 Mark betragen habe.

Die zweite Episode betrifft die berüchtigte Schwarze Kladdde. Rechtsanwältin Kurzig beantragt, die Schwarze Kladdde zu den Gerichtsakten zu nehmen und das Gerichtsurteil in dem Prozeß Frey gegen Reuter zur Verlesung zu bringen, höchst aber dabei auf den energischen Widerspruch des Vorsitzenden. „Ich sperre mich dagegen“, erklärte er, „daß hier Namen von Leuten in die Debatte gezogen werden, die nicht insstande sind, sich hier zu verteidigen. Es soll hier nichts verdunkelt werden, der Verhandlung dieses Prozesses ist aber ein gewisser Rahmen gesteckt. — Die nächste Verhandlung findet am Donnerstag statt. Der Angeklagte Kohl soll nur kurze Zeit vernommen werden.“

# Gerichtsvollzieher erschossen.

## Der Täter verschanzte sich in der Wohnung. — Nach dreistündiger Belagerung verhaftet.

Offenburg, 10. November.

Der Wundarzt Karl Bühler in Reushausen bei Zell a. N. hat in seinem Hause bei einer Pfändung des Gerichtsvollzieher Fügler erschossen. Er hat sich dann verschanzt und erst nach dreistündiger Belagerung durch Gendarmen und Schutzpolizei ergeben.

Zehn Mann Schupo aus Offenburg und Gendarmenbeamte aus Offenburg und Zell a. N. hatten das Haus des Bühler umstellt. Auch das Freiburger Ueberfallkommando war alarmiert worden, brauchte aber nicht mehr in Aktion zu treten. Da die Gewohnheits- tigkeit Bühlers allgemein bekannt war, kreierte man das Haus vorsichtig ein. Schließlich wurde eine Handgranate in den Hof des Hauses geworfen. Bühler ergab sich dann und ließ sich abführen.

# Lottchen auf der Walze.

## Von Bunsau nach Berlin in Männerkleidern.

Auf dem Treppenturm eines Hauses in der Luxemburg- straße fanden Hausbewohner einen schlafenden jungen Mann. Sie machten ihn munter und fragten ihn nach dem Woher und Wohin. Im Kampfschein stellte sich heraus, daß man nicht einen Mann, sondern ein junges Mädchen vor sich hatte. Nase, Vade und ein Sportweater mit Rolltragen und die kurzgeschneittenen Haare gaben das männliche Aussehen. Das Mädchen, das ziemlich verhämmert war, wurde zur Polizei gebracht und entpuppte sich als die 15 Jahre alte Charlotte G. aus Buns- lau. Seit dem 8. Juni dieses Jahres war sie als vermißt gemeldet. Lottchen hatte sich mit ihrem älteren Bruder gezankt, und weil sie „den Kerl nicht ausstehen konnte“, sei sie von zu Hause fortgelaufen. Zu Fuß sippelte sie nach Leipzig und dann weiter nach Berlin. Weil sie aber auf der Walze in Frauenkleidern allerlei Anfechtungen ausgeht sei, habe sie sich unterwegs Männer- kleidung zusammengebettelt. Die Ausreißerin ist wieder in ihre Heimat gebracht worden.

# Schiff in Seenot.

Bordeaux, 10. November.

Nach einem von der hiesigen Junktion aufgefangenen Funk- spruch befand sich der Dampfer „Gorgios“ auf 45 Grad 37 Mi- nuten nördlicher Breite und 7 Grad 22 Minuten westliche Länge in Seenot. (Die angegebene Position liegt in der Biscaya.) Aus einem weiteren Funkpruch scheint hervorzugehen, daß es einem Dampfer gelungen ist, einige Leute von der „Gorgios“ zu retten, doch sollen noch weitere 118 Mann an Bord des Schiffes gewesen sein. Von der „Gorgios“ fehlt seit diesem zweiten Funkpruch jede Spur.

# Bannseebahn elektrisch.

Obgleich die Reichsbahn hinsichtlich des endgültigen Arbeits- beschaffungsprogramms auf Grund des günstigen Ergebnisses der

Reichsbahnleihe noch an Verhandlungen mit dem Reich und an die Beschlässe des Verwaltungsrates gebunden ist, kann heute schon die für Berlin besonders wichtige Aufgabe als feststehend betrachtet werden, daß im Rahmen dieses Programms die Bannseebahn elektrifiziert werden wird. Man rechnet mit einer Arbeits- dauer von mehr als einem Jahr, weil nicht nur die ganze Strecke mit Stromschienen auszurüsten ist, sondern weil auch sämtliche Bahnsteige der Bannseebahn für die elektrischen Züge etwas erhöht werden müssen, wie dies seinerzeit auch bei der Stadtbahn der Fall war. Sehr wichtige Vorarbeiten für den im Zusammenhang mit der Elektrifizierung geplanten Umfahrbahnhof zur Ring- bahn, der zwischen den Bahnhöfen Großgörschenstraße und Friedenau liegen soll, sind bekanntlich schon durch den Umbau der Ueberführung der Ringbahnstrecke über die Bannseebahnstrecke in der Nähe des Ringbahnhofs Ebersstraße geleistet.

# Lokomotivführer tödlich verunglückt.

Auf den Gütergleisen des Bahnhofes Gesund- brunnen kam gestern Abend der 46 Jahre alte Referenzlokomoti- vführer August Fichte aus der Winterstraße 8 in Reinickendorf auf furchtbare Weise ums Leben. F. wollte nach Dienstschluß die Gleise überschreiten. Dabei überhörte er eine herannahende Rangierlokomotive und wurde überfahren. Der Unfall wurde leider erst einige Zeit später entdeckt; inzwischen war der Lokomotivführer seinen schweren Verletzungen erlegen.

Der Leichensund in der Spree hat eine schnelle Aufräumung ge- funden. Die Tote wurde auf Grund ihres Trauringes als eine 23jährige Frau Marie B. aus der Haffelwerder Straße in Niederschöneweide identifiziert. Frau B. wird seit dem 17. Oktober von ihren Angehörigen vermißt.

Wetterausblick für Berlin. Veränderlich mit einzelnen Schauern, mild, frische Südwestwinde. — Für Deutschland. All- gemein unbeständiges Wetter, mild, brisische Schauer, namentlich im nordwestlichen Teil des Reiches frische, an der Küste starke Südwestwinde.

# Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Mittwoch, 11. November.

# Mitgliederversammlungen und Zahlabende in nachstehenden Lokalen:

1. Kreis, 19 Uhr Kreismitgliederversammlung im Bismarckpark, Büchsen- weg 114-116, Kuchel, Bescheid, W. v. M.: Die politische Lage. Buch- lungen, Parteimitgliedsbuch in vorzuzugigen.
2. Wkt. Zahlabende in den bekannten Lokalen. Bericht der Zahlabendeleiter.
3. Wkt. Zahlabende in den bekannten Lokalen.
4. Wkt. Zahlabende bei Adam, Südbenstr. 10, Ordoala, Oppelner Str. 44, Chausseestraße, Brongelstr. 67.
5. Wkt. Zahlabende in den bekannten Lokalen.
6. Wkt. 20 Uhr Mitgliederversammlung im Helldorf, Ind. A. Marfan, Rönnehammallee 15, Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Falk von der Republikanischen Reichsregierung, 2. Parteiangelegenheiten.
7. Wkt. Wegen der Kreismitgliederversammlung fällt die bereits schon an- gekündigte Mitgliederversammlung am 11. November aus.
8. Wkt. Klubb, Gumbertstr. 60-61, Stadtverordneter Richard Reinartz: Ver- ständnis und Republik. Sozialist. Buchverlag. Cde. Raunstr. 10. Vortrag des Genossen Wolfgang Schwarz, Lokal Kan. Büdingstr. 12.
9. Wkt. 2. Bezirk: Lokal „zur Linde“, Werdstr. 12. Referent: Genosse Ba- berius-Dalobek. 3. Bezirk: Lokal Hennig, Kantelstr. Cde. Friedrich- Wilhelm-Str. Referent: Genosse Bauer, Proletariat und Streiktr. 5. Bezirk: Lokal Hennig, Kaiser-Wilhelm-Str. 1, Cde. Kollischtr. 6. Bezirk: Lokal Schöler, Ringbahnstr. 12. Referent: Genosse Jenke. Par- teiorträge in der Bezirksarbeit. 7. Bezirk: Lokal Doppel-Geistlich-Quint- litz-Germaniastr. Referent: Genosse Kölling. 12. und 13. Bezirk: Lokal Reichswaldchen, Kantelstr. Referent: Genosse Soppner.
10. Wkt. 20 Uhr Sonntag, Zahlabende.
11. Wkt. Zahlabende in den bekannten Lokalen. Lokal Grommel: Dr. Göt- thardt, Berlin. Lokal Schulz: Stadtrat Albrecht. Lokal Rulitz: Stad- rat Rahn.
12. Wkt. 18 Uhr treffen sich die erwerbslosen Genossen bei Dampf, Haffel- werderstraße 12.
13. Wkt. 19 Uhr, Vorkonferenz aller 20 Stadtverordneten Franz Rading: Der Kampf um die politische Macht. Klubb, Schellstr. 10. Vortrag des Genossen Hans-Dach, Lokal Landoburger Chaussee 11. Wkt. Rogge: Wirt- schaftspolitische Tagesfragen.
14. Wkt. Berliner Vol., Berliner Str. 31, Stadtverordneter Christian Gut- sunst: Die Finanzlage Berlins.
15. Wkt. Lokal Schulz, Tinsdamm 69. Vortrag des Genossen Paul Zippel.
16. Wkt. Zahlabende in den bekannten Lokalen. Lokal Riehar, Redden- straße 9. Vortrag des Genossen Felix Ring, Lokal Postmann, Kantel- Cde. Helländerstraße, Stadtverordneter Carl Rudolph: Die Finanzlage Berlins.
17. Wkt. Berlin, Berliner Str. 73, Richard Reier: Diskurs-Insulten, Rechts- haus, Schwanenbergr. 114. Vortrag der Genossen Gertrud Hanno, W. v. M.: Zur politischen Lage. Winter, Gähornstr. 14.
18. Wkt. 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Witte, Landtagsabgeordneter Reiter spricht über: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in unserer Zeit“.

Donnerstag, 12. November.

12. Kreis, Kreismitgliederversammlung bei Hammerstein.
13. Kreis, 6. Schule, Waidenborfer Weg. Alle Genossen, die Kinder an dieser Schule haben, werden ersucht, am 20 Uhr zur Sitzung in der Schule Waidenborfer Weg zu erscheinen.
14. Kreis, 15 Uhr Zusammenkunft aller erwerbslosen Genossen und Ge- nossen in der Schule, Am Hausenerplatz. Erich Wendler: Was hat die Partei für die Erwerbslosen getan?
15. Wkt. Arbeitskreis (Heim Gumbertstr. 17). Ortsliste in Amerika, Be- richt über den beiden zweifelsfrei Genossen.
16. Wkt. Mitgliederversammlung im Wkt. Turm. Cde. Stromstraße, August Strammann: Zur politischen Lage.
17. Wkt. 18 1/2 Uhr Zusammenkunft aller Bezirksführer, Stadtverordnete und Wkt. im Sportrestaurant Römischen Cde. Rulitzstraße. Ministerielle, Erklärungen aller vorbedient.
18. Wkt. 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Häner, Bahnhof Schulzendorf. Referent Grafenauer: Heibelberger Programm.

Freitag, 13. November.

Unter Falkenabend der Kinderfreunde in der Alten Taverna, Alt-Sien- lau 20-26. Eintrittspreis 20 Pf.

191. Wkt. Bildungsaussch. 20 Uhr Expedition Großstraße.

# Bezirksausch. für Arbeiterwohlfahrt.

1. Kreis Mitte, Freitag, 13. November, 19 1/2 Uhr. Mumentz. 18. Auf- gang 8, I. 4. Aurlusabend. Die Genossin Ingeborg Gens spricht über: „Soziale Geschäfte“. Die Abteilungsleiterinnen der Arbeiterwohlfahrt kommen eine halbe Stunde früher zur Besprechung der Winterhilfe.
2. Kreis Charlottenburg, Freitag, 13. November, nicht 18. November, 20 Uhr, im Jugendheim Reichenstr. 4, Sitzung der Arbeiterwohlfahrt. Winter- hilfe.
3. Kreis Wilmersdorf, Donnerstag, 12. November, 20 Uhr, 2. Aurlus- abend bei Straß, Demolde Cde. Rulitzer Straße.
4. Kreis Köpenick, Freitag, 13. November, 19 Uhr, Vorkonferenz mit Abteilungsleitern im Rathaus, Zimmer 21.

# Bereinigung sozialdemokratischer Juristen.

Konferenz am 12. November um 20 Uhr im Saal 3 des Pilsner-Hauses, Tauentzienstr. 12, Thema: Die Krise der Parteipolitik und die Wirt- schaftslage. Referent: Rechtsanwält Dr. Franz Reumann. Interessierte Parteimitglieder, insbesondere aus den Kreisen der Gewerkschaftsfunktionäre, als Gäste willkommen.

# Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kinderfreunde, Donnerstag, 12. November, Reichshofsaal um 19 1/2 Uhr im Jugendheim Tinsdamm Str. 4, Kreis, Vorkonferenz 18 Uhr im Saal 12, Köpenick. „Das Braun.“ Revolutionsfeier pünktlich 18 Uhr in der Reichshof.

# Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

23. Wkt. Untere Genossin Marie Renner ist am 7. November im 60. Lebens- jahre verstorben. Ihre ihrem Abenden. Einsegnung Donnerstag, 12. No- vember, 17 Uhr, Krematorium Greshorststraße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

# 300 000 Mk.

## und eine 5 Stück-Packung der neuen Loeser & Wolff-Zigarre „Reford“ gestohlen! — ... ein „Reford-Diebstahl“!!! ohnegleichen



Diesem Herrn, Gutsbesitzer Mal- methie auf Schloß H., wurden die 300 000 Mark und eine 5 Stück-Packung „Reford“- Zigarren gestohlen. —

Wir beginnen heute mit dem großen Loeser & Wolff

# Preisau- schreiben

: Ein „Reford-Diebstahl“: insgeamt 2000 Mark in bar und 2000 Packungen der neuen L & W-Zigarre „Reford“ sind als Preise für die besten Detektivleistungen ausgesetzt. — Holen Sie sich gleich von der nächsten L & W-Filiale ein Romanheft - Sehen Sie sich den Rekonstruktions- plan in den Schaufenstern der L & W-Filialen an und beginnen Sie mit der Lösung! Schon Sonnabend ist Einlieferungsschluss für die erste Preisfrage. 5 „Rekorde“ in einer Packung

1) „Reford“ an Tabak-Qualität 2) „Reford“ an Größe in dieser L & W-Form 3) „Reford“ an Ausgeglichtheit des Aromas 4) „Reford“ an Eigenart (siehe „Reford“ hat eine rauch- fertig abgeschliffene Spitze) 5) Eine „Re- ford“-Leistung — der Preis von 10 Pf.



„Reford“ ist eine von 150 Zigarrenarten, die Loeser & Wolff in jeder Form, für jeden Geschmack, in jeder Preislage dem Raucher in ca. 120 Filialen bereit- stellen. Originalgröße der neuen Loeser & Wolff-Zigarre „Reford“: ca. 109 mm

# LOESER & WOLFF

WERBEKRAFT BERLIN W 56



Formamint Schutz vor Ansteckung besonders bei Erkältungsgefahr, Grippe u.s.w.





# Der latente Bürgerkrieg.

Neue blutige Schlägerei in Koblenz.

Koblenz, 10. November.

Der Polizeibericht teilt mit: Am 10. d. M. zwischen 11 und 12 Uhr fanden in der Post- und Rheinstraße Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten statt. In der Poststraße wurden einige Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen und verletzt. Ein Nationalsozialist erhielt drei Messerstiche am Kopf und ein zweiter einen Streifschuss am rechten Oberschenkel. In der Rheinstraße wurde ein Kommunist durch einen Messerstich in der Brust schwer verletzt.

Ein zweiter Kommunist erhielt einen Beinsschuss und ein angeblich Unbeteiligter gleichfalls einen Schuss in das Bein. Drei Verletzte befinden sich im Krankenhaus. Insgesamt wurden fünf Personen festgenommen, darunter ein Nationalsozialist und vier Kommunisten. Bei einem der Verhafteten wurde ein mit sechs Schüssen geladener Revolver gefunden, aus dem bereits drei Schüsse abgefeuert worden waren. Die politische Polizei ist weiter mit den Ermittlungen beschäftigt. Nach dem Eintreffen der Polizei legten sich allmählich die Unruhen und die beiden streitenden Parteien konnten auseinandergebracht werden.

## Dem toten Führer!

Gedenkstein für Hermann Müller-Franken.

Am Rittwisch wird auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde im Ehrenhain, in dem viele unserer großen Führer, wie Singer, Liebknecht, Auer, Legien, Roltenbuhr, Dr. Adolf Braun, ihre letzte Ruhestätte fanden, ein Gedenkstein für Hermann Müller-Franken errichtet.

Ein wichtiger, rohbehauener Granitblock in gelb-rötlicher Färbung, 1,10 Meter lang, 40 Zentimeter tief und 2 Meter hoch, ragt inmitten des Ehrenhains hervor, mit schräg abfallender Spitze — dem Symbol des Jahrs zu früh abgedrohenen Lebens. Aus der Epprechtsteiner Gegend des Frankenswaldes, der zweiten Heimat des Verstorbenen, kam dieser etwa 30 Zentner schwere Findling nach Berlin, um in seiner monumentalen Kraft die Grabstätte Hermann Müllers zu schmücken, des langjährigen Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Franken. Vor dem Feldstein lagern acht kleinere, röhre Bruchstücke derselben Gesteinsart, die mit zwei Lebensbäumen stimmungsvoll den Obelisk umrahmen. Eine schlichte Inschrift gibt Geburts- und Todestag Hermann Müllers an. Darüber schaut uns aus einem Relief in polierter Bronze, modelliert vom Bildhauer Reper-Pyriz-Berlin, das lebenswahre Antlitz des Führers an zum bleibenden Gedenken für die Nachwelt. Die Gesamtarbeit des Grabmals ist ein Wert der Berliner Steinmetz-Hütte.

## Salat à la Reichert.

Kapitalismus, rein und denaturiert!

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller hatte Herrn Dr. Reichert eingeladen, über das Thema „Wirtschaftssystem und Arbeitslosigkeit“ zu sprechen. Dr. Reichert war deutschnationales Reichstagsmitglied und ist berufen, die Belange der deutschen Schwerindustrie zu vertreten. Er verfügt über eine gewisse Bekanntheit, die freilich von der Geschicklichkeit übertrumpft wird, die Dinge und Zusammenhänge so nach Wunsch und Auftrag zu ordnen, daß der untreue Zuhörer Reicherts Interesse an der Sache leicht für dore Wänge nimmt. Der Vorsitzende des Vereins handelte in kluger Einschätzung der Reichertschen Taktik, wenn er davor warnte, in Reicherts Ausführungen etwas anderes als eine Parteimeinung zu sehen.

Einige „Leuchtende Punkte“ aus dem gefällig servierten Wirtschaftssalat Reicherts wollen wir aber herausgreifen. Schon das muß ersttaun hervorquellen, wenn ein Mann, der mit scheinbarer Objektivität Karl Marx zitiert, zum Vergleich der Vorkriegszeit mit der Nachkriegszeit die Arbeitslosenziffer des guten Konjunkturjahres 1895 der des Krisenjahres 1931 gegenüberstellt. Bedenklich wird die Sache aber, wenn er über die Fragen „Planwirtschaft“, „Selbstkontrolle der Wirtschaft durch Preis und Zins“, „Kartelle“ spricht. Das geschieht mit Aufwand vieler schöner Worte und einer Menge von Zahlen — nur merkwürdig, daß alle entscheidenden Punkte in Nebensätzen abgetan werden.

Herr Dr. Reichert wehrt gegen die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft: aber schon gegen die Intervention zum Schutze der Agrarwirtschaft „will er nichts sagen“. Aber der Unterschied zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft: die Privatbetriebe müssen dauernd im Sturme des Konkurrenzkampfes sich bewähren; die öffentlichen Betriebe gedeihen nur an „windgeschützten“ Stellen. Daß aber die Kartelle nur Schutzwände gegen den Konkurrenzsturm sind und so selbst den Kapitalismus „denaturieren“ (entstellen), das darf Herr Dr. Reichert verschweigen; denn wissen tut er's natürlich.

Auch zu dem (nach Reichert) „interessanten Disput zwischen dem „Vorwärts“ und Herrn Thyssen“ hat Herr Reichert etwas beizutragen — er hat berechnet, daß der Reingewinn der Vereinigten Stahlwerke etwa 6mal so hoch durch Steuern belastet sei wie der Reingewinn von amerikanischen Stahlwerken. Aber, hat Herr Reichert vertan, wie er den Reingewinn in Deutschland und Amerika vergleichbar gemacht hat, wie er die Belastung gemessen hat? Ohne das ist seine Behauptung aber einfach leeres Stroh, ebenso leeres Stroh wie Herrn Thyssens Behauptung.

Auf die Frage eines Diskussionsredners nach den Krisenursachen in den Vereinigten Staaten gab Dr. Reichert die nicht unrichtige Antwort: Krisenursachen sind allzu schnelle Rationalisierung, zu große Kapitalinvestition (Ford), die überhöhten Kartellpreise (Bolschewik von Baumwolle, Getreide, Metalle). Sollte vielleicht im Falle Vereinigter Staaten doch ein gewisser Karl Marx auch für Herrn Reichert richtig gerichtet haben, nur daß Herr Reichert ein ähnliches Urteil für Deutschland nach Wunsch und Auftrag nicht wahr sein lassen darf?

Schließung eines nationalsozialistischen Verkehrslokals. Wegen einer Besetzung des Berliner Polizeipräsidenten ist das nationalsozialistische Verkehrslokal an der Gensensstraße Ecke Salmstraße auf die Dauer von vier Wochen für die Zeit von 18 Uhr abends bis 6 Uhr morgens geschlossen worden. Die Besetzung wird in einer in dem Lokal ausgehängten Karikatur des Berliner Polizeipräsidenten Orzeszinski erklärt.

Verbot nationalsozialistischer Wochenschriften. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die nationalsozialistischen Wochenschriften „Der Treumüller“ (Erscheinungsort Magdeburg) und „Der Harzer Trummer“ (Erscheinungsort Bernburg) auf Grund der Notverordnung wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf die Dauer von drei bzw. vier Monaten verboten. Anlaß zu den Verböten gaben Ausführungen, die Angriffe auf den Reichskanzler und die Reichsregierung enthielten.

# Ein weiser Arzt.

Zum Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie.



Der Schlichter: „An diesem Patienten, Herr Dr. Brüning, können wir keine Blutentnahme mehr vornehmen. Aber versuchen wir es einmal mit jenem Herrn dort!“

# Neue Anflagen Chinas in Genf.

Die Vorfälle in Tientsin.

Genf, 10. November (Eigenbericht)

Eine ausführliche chinesische Note an das Sekretariat des Völkerbundes reißt die blutigen Zwischenfälle vom 8. und 9. November in Tientsin in die Reihe der japanischen Versuche ein, Aufruhr gegen die chinesische Regierung zu stiften, um den Frieden und die öffentliche Ordnung nach vor dem 16. November, dem Tage des Zusammentritts des Rats, empfindlich zu stören.

Am 8. November seien, so teilt China mit, an regierungsfeindliche Chinesen mehr als 500 Handfeuerwaffen verteilt worden. In der Nacht seien dann 2000 Menschen mit japanischen Fahnen aus der japanischen Konzession hervorgebrochen und hätten Polizeiposten nahe der Konzession und der japanischen Kasernen angegriffen. Infolge guter Vorbereitungen hätte die Polizei aber die Ordnung rasch wiederherstellen können. Der japanische Kommandant habe am nächsten Vormittag vom Gouverneur Wang die Zurückziehung des Militärs und der Polizei auf 300 Meter von der japanischen Konzession verlangt. Dieser habe nach einer zweiten japanischen Aufforderung am Nachmittag erst die Polizei zurückgenommen, da inzwischen der Rest der Aufständischen sich in die japanische Konzession geflüchtet hätte. Trotzdem sei gegen 6.30 Uhr die Chinesenstadt von den japanischen Kasernen mit 30 Granaten bombardiert worden. Der japanische Kommandeur habe auf Anfrage geantwortet, daß er davon gar nichts wisse. Anderen Ausländern gegenüber habe er sich auf einen Streit zwischen japanischen und chinesischen Truppen berufen.

## Japanische Gegenklagen und Drohungen.

Genf, 10. November (Eigenbericht).

Zwei japanische Räten an den Völkerbund behaupten, daß sich die japanischen Truppen um die Konni-Brücke und Angangchi auf nicht mehr als 1000 Mann beziffert haben. Die Verstärkungen seien auf dem Transport angehalten und in ihre Garnisonen zurückgeschickt worden. Dagegen hätten die Chinesen mehr als 2000 Mann um Angangchi zusammengezogen und erhalten dauernd Verstärkungen aus dem Norden von Tientsin. Wenn sich die chinesischen Truppen infolge ihrer Uebermacht zu

## Fortschritt auf der Indientonferenz.

Einigung unter den Minderheiten. — Gandhi lenkt ein.

Ein erster nicht unwesentlicher Fortschritt in der die Indientonferenz seit Wochen lahmlegenden Minoritätenfrage ist zu später Stunde in der Sonnabendnacht nach endlosen Verhandlungen erzielt worden. Zwischen der Moslem-Delegation und den Anglo-Indern, den indischen Christen, den Parsis und den Europäern ist es zu einer Einigung gekommen, die eine bedeutende Vereinfachung des vielseitigen Minderheitenkomplexes bedeutet. In dieser Frage stehen sich zumehr nur noch zwei Fronten gegenüber, nämlich die erwähnten geeinigten Minoritäten und die Hindus, deren Forderungen in ihrer schärfsten Form von Gandhi und dem Kongreß vertreten werden.

In dem Abkommen haben sich die verschiedenen kleineren Minoritäten nicht nur über ihren Anteil an der Verwaltung der einzelnen Provinzen und der Zentralverwaltung geeinigt, sondern auch über Fragen des Ritus, der Sprache usw., wobei die Ansprüche der Parsis auf Zugang zur Verwaltung, Justiz, Heer und Polizei voll anerkannt worden sind.

Angeichts der hergestellten Einheitsfront, die zusammen 60 Proz. der indischen Bevölkerung darstellt, hofft man in den Kreisen der Indientonferenz, daß Gandhi, der keine Lösung für dieses Problem hat finden können, sich bereit finden wird, den Minderheitsforderungen entgegenzukommen, zumal die in dem erwähnten Abkommen nicht eingeschlossenes Sichts, die über den Gang der Verhandlungen auf dem laufenden gehalten wurden, eine sympathische Haltung gegenüber den in dem Abkommen festgelegten Minderheitenansprüchen einmahnen.

Gandhi hat vom indischen Kongreß ein Telegramm erhalten, in dem ihm freigestellt wird, die Indientonferenz zu verlassen und nach Indien zurückzukehren. Daraus erklärte er, daß er es für falsch halte, England zu verlassen, so lange die Konferenz am Werke sei. Damit sind die hier umgehenden pessimistischen Gerüchte, die das erwähnte Telegramm hervorgerufen hat und die bereits von einem endgültigen Scheitern der Indientonferenz wissen wollten, widerlegt.

Gandhi will bis zum Abschluß der Kommissionsarbeit in London bleiben; seine Reise nach Deutschland um gibt er auf.

Freigerichteten Akten hinreichend liegen, könnte eine äußere gefährliche Situation entstehen.

## 600 Chinesen an der Konni-Brücke gefallen?

Schanghai, 10. November.

Ueber 600 Chinesen wurden, wie aus Mufden gemeldet wird, in den heutigen Kämpfen bei Hoicheng getötet. Die an Zahl schwächeren japanischen Truppen mühten sich bis auf sieben Meilen südlich der Konni-Brücke zurückzuziehen, um neue Angriffe auf die Brücke durchzuführen. Es wird angenommen, daß die Japaner die Stadt Tzitsitar, den Sitz des Generals Ma, zu erobern gedenken.

## China, Abrüstung und Mandchurei.

Genf, 10. November. (Eigenbericht.)

Auf die von mehr als 40 Staaten bereits mit mehr oder minder großen Vorbehalten angenommene Entschließung der letzten Völkerbunderversammlung über einen einjährigen Rüstungsstillstand hat China am Dienstag eine für seine Lage bezeichnende Antwort erteilt.

Die chinesische Regierung erklärt sich bereit, den Vorschlag anzunehmen, doch hänge Chinas Schicksal und das der Abrüstungskonferenz von der Lösung des mandchurischen Konflikts ab, die dem Völkerbund unterliege. Würden sich der Völkerbundspakt und der Kellogg-Pakt als die Säulen des Friedens und der internationalen Gerechtigkeit erweisen, dann bedeuteten der Rüstungsstillstand und die Abrüstungskonferenz einen großen Schritt vorwärts in der Organisation des Friedens. Sollten aber diese Säulen durch ein dauerliches Unglück sich als nicht haltbar erweisen, dann seien Regierung und Volk Chinas zu ihrem großen Bedauern gezwungen, allen anderen nationalen Aufgaben die Bildung eines Systems der nationalen Verteidigung voranzustellen, das stark genug sei, um die Achtung vor der territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit Chinas zu erzwingen und gegen äußere Angriffe zu schützen.

## Parteitag der belgischen Sozialisten.

Kampfprogramm gegen Wirtschaftskrise.

Der Parteitag der belgischen Sozialdemokratie, der am Sonnabend und Sonntag im Brüsseler Volkshaus abgehalten wurde, stand im Zeichen der Wirtschaftskrise, die in den letzten Monaten auch Belgien immer stärker erfasst hat.

In dem von dem Parteitag einstimmig angenommenen Wirtschaftsplan wird zunächst ausgesprochen, daß eine endgültige Lösung der Wirtschaftskrise im Rahmen der heutigen Gesellschaft unmöglich ist, daß aber gewisse Maßnahmen getroffen werden müssen, um die materielle und seelische Lage der Arbeiterschaft während dieser Krise zu schützen. Die sozialistische Parlamentsfraktion wird deshalb aufgefordert, in der Kammer und im Senat für die unmittelbare Verwirklichung folgender Forderungen einzutreten: 1. Einen menschenwürdigen Mindestlohn für die Arbeiter, 2. gerechtere Verteilung der bestehenden Arbeitsgelegenheit, u. a. durch Verallgemeinerung der 40-stündigen Arbeitswoche bei unverminderten Löhnen, 3. Verschärfung der Arbeitsinspektion, 4. Sofortige Einstellung großer produktiver öffentlicher Arbeiten durch Staat, Provinzen und Gemeinden, 5. Stärkung der Finanzmittel der Gemeinden, um sie in den Stand zu setzen, die Arbeitslosenunterstützung fortzusetzen, 6. Schaffung eines Krisenfonds für die kleinen Landwirte, 7. Planwirtschaft in Industrie und Handel unter öffentlicher Kontrolle, insbesondere in den großen bereits zur Sozialisierung reifen Industriezweigen, 8. Kontrolle der Banken und der Kreditgewährung, 9. Abrüstung, 10. Außenpolitik gemäß den von der Internationale niedergelagten Grundsätzen und insbesondere auch Anerkennung der Sowjetrepubliken (die von der belgischen Regierung noch immer nicht vollzogen ist, Red. d. „B“).

Auf dem Parteitag wurde ferner mitgeteilt, daß der Kammer demnächst ein sozialistischer Gesetzentwurf zur Kontrolle der Banken vorgelegt wird.

Der englische König unterzeichnete die Ernennung von 32 Regierungsmitgliedern, die nicht dem Kabinett angehören. Sie verteilen sich folgendermaßen auf die Parteien: 19 Konservativ, 8 Liberale und 5 Mitglieder der nationalen Arbeiterpartei.

# Nochmals Abbau im Einzelhandel!

Ab 1. und 12. Dezember und 1. Januar. — Kurzarbeiter vorläufig verschont.

Gestern wurde vor dem Schlichtungsausschuss für die Angelegenheiten des Berliner Einzelhandels über den Neuabschluss eines Gehaltsvertrags verhandelt.

Das bisherige Abkommen war am 31. Oktober abgelaufen, die Unternehmer hatten einen weiteren Abbau der Gehälter um 10 Prozent gefordert. Nach äußerst zugespitzten Verhandlungen, die wiederholt zu Scheitern drohten, wurde ein bindendes Schiedsspruch gefasst, der ab 1. Dezember einen Gehaltsabbau von 3 Prozent und ab 1. Januar einen nochmaligen Abbau um 2 bis 3 Prozent je nach den Tarifpositionen vorsieht. Der neue Tarif gilt bis zum 31. März 1932.

Hierzu kommt noch ein Kurzarbeitsabkommen, dessen entscheidende Bestimmung lautet: In den Betrieben, in denen die wöchentliche Arbeitszeit 40 Stunden oder weniger beträgt, darf eine Kürzung der Bezüge auf Grund der Herabsetzung der Tarifgehälter bis zum 31. Januar 1932 nicht vorgenommen werden.

Ueber die Verhandlungen erstattete gestern Abend vor dem Einzelhandelsfunktionären des I. D. Genosse Bartel Bericht. Der Schiedsspruch, der bindend ist, trifft die Angestellten besonders schwer, da ihnen im Laufe des Jahres teils durch Tarifabbau, teils durch Wegfall über tariflicher Bezüge Abstriche der Bezüge bis zu 30 Prozent aufgebürdet wurden. Es kommt hinzu, daß der neue Abbau noch vor Weihnachten in Kraft tritt, die Angestellten erhalten also für die erhöhte Arbeitslast im Dezember ein geringeres Entgelt. Einen Vermittlungsantrag der I. D. Vertreter, das bisherige Abkommen bis zum 31. März 1932 zu verlängern, wies die Unternehmer brüsk zurück. Andererseits hätte ein Scheitern der Verhandlungen zweifellos die Einführung des tariflosen Zustandes bedeutet.

## Der Schiedsspruch für Handelsarbeiter.

Gestern stand vor dem Schlichtungsausschuss auch die Neuregelung der Löhne der Handelsarbeiter im Berliner Einzelhandel zur Entscheidung, deren Lohnsatz am 31. Oktober abgelaufen war.

Die Unternehmer hatten die Verlängerung des Tarifs abgelehnt und einen 10prozentigen Lohnabbau gefordert. Nach mehrstündigen Verhandlungen, in denen verschiedene Vergleichsvorschläge des Gewerberats Körner ausgetauscht und wieder verworfen wurden, einigten sich die Parteien dahin, einen Schiedsspruch als bindend anzuerkennen, dessen Inhalt ihnen bekanntgegeben wurde.

Der nach dieser Verständigung gefasste Schiedsspruch sieht die Verlängerung des bisherigen Lohnsatzes der Handelsarbeiter bis zum 11. Dezember vor. Ab 12. Dezember werden die Löhne der ledigen Handelsarbeiter von 44 auf 42 Mark und die der verheirateten Handelsarbeiter von 45 auf 43 Mark gekürzt. Dieser Abzug beträgt im Durchschnitt etwa 4 1/2 Proz. Die Löhne der Jugendlichen werden ebenfalls ab 12. Dezember um 3 bis 4 Proz. gekürzt. Der Zuschlag der Kraftfahrer in Höhe von 8 Mark bleibt bestehen. Der Schiedsspruch enthält weiter die Klausel, daß in den Betrieben, in denen verkürzt gearbeitet wird, die jetzigen Löhne zunächst bis Ende Januar weitergezahlt werden müssen; erst dann soll über die Festsetzung der Löhne der Kurzarbeiter verhandelt werden. Das Lohnabkommen gilt bis zum 31. März 1932.

Zu diesem Schiedsspruch nahm gestern Abend im Gewerkschaftshaus eine Branchensammlung der im Gesamtverband organisierten Handelsarbeiter Stellung. Der Branchleiter, Genosse Bollmeier, setzte der Versammlung auseinander, weshalb die Lohnkommission den Schiedsspruch als bindend anerkannt hat. Diese Stellungnahme der Lohnkommission erfolgte, als ihr der weitergehende Schiedsspruch für die Angestellten des Einzelhandels bekanntgemeldet war. Die Lohnkommission sah in der Zustimmung zu einem Schiedsspruch, der einen 4 1/2prozentigen Lohnabbau bringt, die einzige Möglichkeit, die Handelsarbeiter vor einem größeren Lohnabbau und vor allem vor der noch gefährlicheren Tariflosigkeit zu bewahren.

Die Branchensammlung billigte nach kurzer Aussprache einstimmig das Verhalten ihrer Unterhändler.

der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrechtzuerhalten, so ist das ein Beweis für die Stärke, die auch eine kleine Organisation in der schwersten Krisenzeit noch besitzt. Daß es nicht gelang, die Löhne unverändert aufrechtzuerhalten, ist nicht nur eine Folge der zur Zeit wirtschaftlicheren Stärke der Unternehmer, sondern auch der bedauerlichen Tatsache, daß die amtlichen Schlichtungsinstanzen den Unternehmern die Lohnabbaufrage noch ausblähen halfen.

Die Finanzen der Ortsverwaltung sind trotz der erhöhten Anforderungen noch in bester Ordnung. Der Bestand der Lokalkasse ist mit 110 000 Mark am Schluß des dritten Quartals stabil geblieben. In der Mitgliederbewegung ist allerdings ein Verlust von 189 Mitgliedern zu verzeichnen, so daß die Ortsverwaltung am Schluß des dritten Quartals 3929 Mitglieder aufwies.

Die Tätigkeit der Ortsverwaltung im verfloffenen Quartal fand die einmütige Billigung der Funktionäre. Ein Antrag der Ortsverwaltung, den arbeitslosen Mitgliedern wie in den Vorjahren zu Weihnachten aus Mitteln der Lokalkasse eine Extrazustellung je nach der Mitgliedschaftsdauer in Höhe von 4 bis 15 Mark zu zahlen, wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

## Breslauer Metallstreik geht weiter. Schiedsspruch abgelehnt.

Breslau, 10. November. (Eigenbericht.)

Die Belegschaft der Groß-Breslauer Metallbetriebe, die seit mehreren Wochen streikt, hat am Dienstag den vom Schlichtungsausschuss gefassten Schiedsspruch, der eine Herabsetzung der Verdienstmöglichkeiten für Akkordarbeit vorsieht, einstimmig abgelehnt. Der Streik geht also weiter.

## Wie die RGD. einen Streik aufzieht.

Von einem organisierten „Afu-Arbeiter“ wird uns geschrieben: Auf der Baukelle Schmaragdort, Gassanfalltsgeände, sind nur arbeitslosen Schmargendorfer beschäftigt, d. h. Arbeitslose, die bereits in der Wohlfahrtsfürsorge sind. Durch Mitglieder der RGD. und der KPD. wird nun die Belegschaft terroristisch und zur Arbeitsverweigerung aufgehetzt, daß diese Zustände baldmöglichst abgeändert werden müssen. Ein kleines Beispiel: Am 10. d. M. wurde eine Betriebsversammlung einberufen und in dieser von den Obleuten erklärt, daß sich die Straßenfeger bereits im Streik befinden und die „Afu-Arbeiter“ unbedingt diesem Streik sich anschließen müßten als Protest gegen den Lohnabbau von 4 1/2 Proz. Obwohl von dem größten Teil der Belegschaft eine Unabstimmung verlangt wurde, wurden diese Befehle von den RGD.-Leuten überschrien. Auf den Ruf des Obleuten: Wer für den Streik ist, soll nach rechts und wer dagegen ist nach links treten, entstand ein erklärlicher Wirrwarr, und ehe man klar sehen konnte, hieß es, der Streik sei beschlossen! Auf der Baukelle sind etwa 600 Arbeiter beschäftigt, die größtenteils nicht mit dem Streik einverstanden sind.

SPD-Bezirksfraktion KGD. — 11. und 12. Dezember. Großhändler Straße, Freitag, 10. Uhr, bei Rosenthal, Praterstraße 4, Professionszählung. Es wird zahlreicher Besuch erwartet.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. 12. Uhr. Baumfällern Jugendheim Baumfällern, Großstraße 16, Unter den Eichen. — Arbeiter: Gruppenheim Weiden, Poststraße 10. Das Tarifrecht in Gefahr. — Gewerkschaft: Jugendheim Gassanfalltsgeände, Rosenbergschloß, 1918. Etwas aus dunklen Tagen. — Nordring: Schule Sonnenburger Str. 20. Wir bauen uns den Ernst. — Tegel: Jugendheim Tegel, Schönberger Str. 4. Erst um 10 Uhr. Einführung von Formen des Kapitalismus, Imperialismus. — Südwesten: Jugendheim Nordstr. 11 (Hofbuchhandlung). Wam 1931. — Linien: Gruppenheim Flurhofstr. 68 (H-Bahnhof Hohenstr.), Reichsverfassung und Gewerkschaften. — Westend: Jugendheim Rentier, Bergstr. 2 (Hof). 1931. In West End. — Spandau-Neubau: Jugendheim Lindenauer 1. Was ist die Aufgabe? (Vorträge). — Schöneberg: Schönberg, Hauptstr. 15 (Gartenbau), Revolutionen. — Schöneberg: Schule Schönberger Str. 17. Dem Gedanken des 1. November. — Jugendgruppe der Fabrikarbeiter: Jugendheim Engelstr. 24-26. Filmabend.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deuts. Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Grünbucher: Jugendheim Schönberger Str. 1. Vortrag: Die deutsche Revolution von 1918. Referent: Bernheim. — Westend 1: Jugendheim Danziger Straße 62 (Barade 3). Vortrag: Die Novemberrevolution von 1918. Referent: Dr. Schütte. — Reinickendorf: Jugendheim Lindenauer Str. 2 (Barade). Vortrag: Demokratie oder Diktatur? Referent: Berlin. — Südwesten: Vorträge: Jugendheim der Schule Kottbuscher Str. 1. Von der Revolution zur Republik. — Grünwald: Jugendheim der Schule Gorkijstr. 61. Revolutionen. — Obersee: Riederstraße, Berliner Str. 31 (Schule). Eingang Pöhlmerstraße. Abend eigener Ausgestaltung. — Westend: Jugendheim Döllmer Str. 15 (Gassanfalltsgeände). — Westend: Jugendheim Köpenicker Str. 1-4. Ede Panzer Straße. Vortrag: Die Funktion des Vorkämpfers Reichswehrführer. Referent: Deutsch. — Südwesten: Jugendheim Sonnenstr. 12. Arbeitsgemeinschaft: Die Jugend im Wirtschaftskampf. Referent: Biedert. — Südwesten: Jugendheim Hauptstr. 13 (Hofbuchhandlung, Kaufmann). Revolutionen. — Charlottenburg: Jugendheim Spielmannstr. 4. Arbeitsgemeinschaft: Einführung in die sozialistische Gedankenwelt. Referent: Jahn. — Spandau: Jugendheim Lindenauer 1. Filmabend. — Potsdam-Romanow: Jugendherberge in Romanow, Praterstraße. Gruppenbesprechung. — Die Reichsangehörigkeit. „Gegensatz“ A. G. 10. um 16 Uhr im Verbandshaus, Zimmer 21. — Sportabteilung: Lehrgang ab 20 Uhr in der hiesigen Turnhalle Prinzenstraße.

Verantwortlich für Politik: Wieser Schiff; Wirtschaft: G. Rittgen; Gewerkschaftsbewegung: J. Seiner; Revolution: Dr. Jahn; Schönewald: Lokale und Entfaltung: Felix Rühl; Anzeigen: H. Glaser; Schriftlich in Berlin. Berlin: Bornhards-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhards-Buchdruckerei und Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Dienst 2 Beilagen.

## Trinke Kräutertee und gesunde!

Nur eine Kräuterkur, wie sie schon seit Jahrtausenden von der leidenden Menschheit angewendet wird, ist das einzig Bleibende im fortwährenden Wechsel medizinischer Systeme gewesen. Die giftigen Heilkräuter führen dem Organismus diejenigen Substanzen zu, die unbedingt zur Ausscheidung kranker Stoffe notwendig sind. — Aus diesem Grunde sollte jedermann, der das Blut seines Körpers — den Hauptstrom — gesund erhalten will, in seinem eigenen Interesse in jedem Jahre im Herbst eine **Blutreinigungskur** vornehmen und sich zu diesem Zwecke des berühmten **Kwieschen Universal-Tee** bedienen, dessen segensreiche Wirkung er alsbald an eigenen Körper verspüren wird. — In fast allen Apotheken seit 80 Jahren käuflich. A. M. 1.50. (Kartpackung 10 Kartons M. 13.—) Ein Büchlein über Krankheitsbilder und Gutachten gratis durch **H. Kwieschen** Pflanzertabakfabrik, Berlin SW 65, Alexandrinenstr. 29 a.

## Dritter Lohnabbau!

Schiedsspruch für Gemeindefunktionäre verbindlich.

Im Lohnsatz der Gemeindefunktionäre ist der Schiedsspruch vom 1. November, der die Löhne um 4 1/2 Prozent kürzt, vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt worden.

Damit ist den Gemeindefunktionären in diesem Jahre der dritte Lohnabbau durch Zwangsschiedsspruch auferlegt worden. Alle Proteste, alle Warnungen sind vom Reichsarbeitsminister in den Wind geschlagen worden. Die Reichsregierung wird zu spät einsehen müssen, daß sie einen verhängnisvollen Fehler beging, als sie ihren eigenen Antidiktator gegenüber handelte.

## Diktat der Reichsregierung.

Die Reichspostverwaltung hat Anweisung gegeben, den Schiedsspruch für die Arbeiter, der eine Lohnkürzung von 4,5 Proz. vorsieht, durchzuführen. Das gleiche ist vom Reichsfinanzministerium für den Reichsarbeiterschiedsspruch vorgegeben. Wenn man durch dieses Diktat auch Herrn Stegerwald die Verbindlichkeitsklärung ersparen will, so bleibt die Verantwortung der Reichsregierung. Dieses Diktat ist eine Brüstung der Gewerkschaft, eine Verleugnung des Tarifgedankens und ein Bekenntnis zum unerlösten Lohnabbau.

## Reichsbahnverhandlungen gescheitert.

Heute Schlichterkammer.

Von 10 Uhr vormittags bis 8 1/2 Uhr abends fanden gestern wieder Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsbahngesellschaft und den Tarifgewerkschaften statt. Die Reichsbahn beharrt auf ihren maßlosen Forderungen, obwohl das Elend der Eisenbahner unbestritten ist. Die Verhandlungen konnten daher zu einer Verständigung nicht führen. Heute tritt die Schlichterkammer zusammen. Der Einheitsverband der Eisenbahner ruft seine Anhänger heute Abend zu einer großen Protestkundgebung auf. Wird endlich diese Stimme gehört werden?

## Ein Arbeitszeittkampf vor 40 Jahren.

Die Unternehmer sind Rückwärtler geblieben.

Seit Dezember v. J. wird auch im Buchdruckgewerbe die Einführung der Bierzigstundenwoche gefordert. Die Buchdruckereibesitzer sträuben sich hartnäckig gegen jede tarifliche Arbeitszeitverkürzung und führen als Hauptgrund für ihre ablehnende Haltung an, sie könnten bei der Einführung der Bierzigstundenwoche unter den 25 000 arbeitslosen Buchdruckern nicht genügend Spezialkräfte finden. Dieses fadenförmige Argument ist von den Buchdruckereibesitzern offenbar wieder aus dem Museum hervorgeholt worden, das sie sich während des Arbeitszeittkampfes angelegt haben, der vor vierzig Jahren im deutschen Buchdruckgewerbe um die Einführung des Neunstundentages entbrannte. Damals

rechneten die Prinzipale, daß 4300 Gehilfen zu wenig vorhanden seien, um die neunstündige Arbeitszeit einführen zu können. In den Verhandlungen, die der Eröffnung des Kampfes vorausgingen, gaben die Unternehmer zwar dieses Argument preis, ließen dafür aber um so deutlicher erkennen, daß für sie die Arbeitszeitfrage eine reine Machtfrage war. Nicht zuletzt wurde den Unternehmern der Raden damals dadurch gestiftet, daß von den rund 37 800 Gehilfen und Faktoren nur 17 900 oder 47,4 Prozent im Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker, wie der heutige Verband der Deutschen Buchdrucker seinerzeit hieß, organisiert waren.

Am 7. November 1891 brach der Kampf aus, der von den Buchdruckern mit einer beispiellosen Zähigkeit geführt wurde. Die Buchdruckereibesitzer zogen eine große Streikbrecheranwerbung auf, leider nicht ohne Erfolg. Zehn Wochen lang hielten die Streikenden den Kampf durch, von ihren organisierten Arbeitskollegen, deren Unternehmer die Forderungen bewilligt hätten, ebenso tatkräftig unterstützt, wie von den übrigen deutschen und ausländischen Arbeitern. Nach siebenwöchigem Kampf, am Weihnachtstheilabend 1891, wurde der Organisation durch das preussische Innenministerium und das Berliner Polizeipräsidium die Auszahlung von Streikunterstützung sowie die Erhebung von Extrabeiträgen zwecks Unterstützung der Streikenden untersagt.

Trotzdem kämpften die Buchdrucker ohne Streikunterstützung der Organisation noch bis zum 16. Januar 1892 weiter, an welchem Tage die Zentralkommission durch ein Abkommen den Kampf beendete. Es blieb beim Zehnstundentag. Tausende von Gehilfen lagen als Opfer des Kampfes auf der Strecke. Erst vier Jahre später stellte sich der Erfolg dieses heroischen Kampfes ein. Die Unternehmer ließen es nicht noch einmal auf einen solchen „Sieg“ ankommen und willigten 1896 in die neunstündige Arbeitszeit ein. Prominente Vertreter im Arbeitgeberverband der deutschen Buchdruckereibesitzer haben sich auch jetzt wieder gegen die aus sozialen und arbeitsmarktpolitischen Gründen so notwendige Arbeitszeitverkürzung gewandt und erklärt: „Lieber ein zweites 1891 als die Einführung der Bierzigstundenwoche“. Nichts zeigt deutlicher als diese Streikreminiszenz, daß sich in den letzten vierzig Jahren in Deutschland zwar sehr vieles geändert hat, die reaktionäre Grundeinstellung der Unternehmer aber unverändert geblieben ist.

## In der Krise fest.

Mehr als 50 Proz. der Sattler arbeitslos.

Auf keiner Organisation, die die Arbeiter der sogenannten Konjunkturberufe umfaßt, lastet der Druck der Wirtschaftskrise so stark wie auf dem Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuller. In der Funktionärsversammlung, die von der Berliner Ortsverwaltung dieser Organisation zu Dienstag Abend nach dem Gewerkschaftshaus einberufen war, machte der Bevollmächtigte, Genosse Osten, in seinem Geschäftsbericht für das dritte Quartal die Mitteilung, daß sich die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder in Berlin im Laufe des Berichtsquartals von 1773 auf 2014 erhöht hat. Ueber 50 Prozent der Berliner Mitgliedschaft sind demnach zur Zeit arbeitslos, ungerechnet der vielen Hunderte von Verbandsmitgliedern, die schon monate- und teils jahrelang verkürzt arbeiten. Wenn es der Organisation trotz dieser katastrophalen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gelungen ist, in allen Branchen, mit Ausnahme der Karosseriebranche, die tarifliche Regelung

# Öffentliche Eisenbahner-Kundgebung

## Heraus zum Protest!

**Eintritt hat jeder aktive Eisenbahner. Eisenbahner-Personalausweis legitimiert!**

**Einberufer: Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin**

**Mittwoch, 11. November**

**19.30 Uhr, in der „Neuen Welt“**

**Berlin S 59, Hasenheide 108/14**